

NORDDEUTSCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT



GESCHÄFTSBERICHT für das Jahr 1952

TAGESORDNUNG

*für die am Donnerstag, dem 28. Mai 1953, 12 Uhr,
im Plenarsaal (Saal Nr. 115) der Handelskammer Hamburg,
Hamburg 11, Adolphsplatz, Börse, stattfindende
ORDENTLICHE HAUPTVERSAMMLUNG*

I

Vorlegung des Jahresabschlusses und Geschäftsberichtes für das Jahr 1952
mit dem Bericht des Aufsichtsrates

2

Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlußfassung
über die Verwendung des Reingewinns

3

Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates
für die Zeit bis zum 31. 12. 1952

4

Festsetzung der Vergütung für den ersten Aufsichtsrat
für die Zeit bis zum 31. 12. 1952

5

Wahlen zum Aufsichtsrat

6

Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1953

AUFSICHTSRAT

DR. EDGAR WIEGERS, Hamburg, *Vorsitzer*

KURT BEINDORFF, Hannover, *stellvertretender Vorsitzter*

GEORG WALDTHAUSEN, Bremen, *stellvertretender Vorsitzter*

HERMANN HELMS, Bremen

ERNST LA PIERRE, Hamburg

Dipl.-Ing. HERBERT MUNTE, Braunschweig

Bürgermeister a. D. RUDOLF H. PETERSEN, Hamburg

ERNST RUSS, Hamburg

JOACHIM v. SCHINCKEL, Hamburg

als Vertreter des Betriebsrats:

EDMUND HERBST, Hamburg

OTTO HUSMANN, Hamburg

VORSTAND

ERICH BECHTOLF

DR. KARL KLASSEN

FRANZ HEINRICH ULRICH

DIREKTOREN DER GESAMTBANK

GEORG BELTERMANN, Hannover

MANFRED OHEIMB VON HAUENSCHILD, Bremen

DIREKTOREN DER HAUPTNIEDERLASSUNG HAMBURG

DR. JOHANNES FESKE
FRANZ SCHMIDT

OCTAVIO SCHROEDER
GEORG STEINMANN

stellvertretend:

HEINZ ARNAL
DR. WALTER CRÜGER

ERNST FREIER
WILHELM HOPP

DIREKTOREN DER NIEDERLASSUNGEN

Alfeld

RUDOLF MEYER

Braunschweig *

ERICH OSTERKAMP

DR. OSKAR SCHÖFFLER

ADOLF BARCHEWITZ, *stellvertretend*

Bremen *

MANFRED OHEIMB VON HAUENSCHILD

DR. PAUL WITTING

Bremerhaven

CARL HELLING

Celle

RUDOLF BÜTEMEISTER

Einbeck **

OSKAR KEHRER

Göttingen

DR. MAX FIEDLER

Goslar

GEORG NEUGEBAUER

Hameln

HERBERT PERSITZKY

Hannover *

GEORG BELTERMANN

ERNST RUNGE

DR. WERNER ANDERS, *stellvertretend*

HERBERT MACKUTH, *stellvertretend*

Hamburg-Altona

ARTUR NOUVEL, *Leiter*

DR. KARL-EBERHARD SCHORR, *Leiter*

Hamburg-Harburg

WALTER HANSEN, *stellvertretend*

Hildesheim

KURT DENECKE

PAUL SCHOLZ

Lübeck **

DR. ERNST SAND

Lüneburg

THEODOR BARKE

Nordhorn

PAUL GROTHAUS

Osnabrück *

FRANZ LEIFFOLTS

HANS RICHTER

Salzgitter-Bad **

AUGUST KITTSCHER, *Leiter*

Salzgitter-Watenstedt

AUGUST KITTSCHER, *Leiter*

Wolfenbüttel

LOUIS RODENSTEIN

Wolfsburg

ERNST BOLLMANN, *Leiter*

* Hauptfiliale ** wird demnächst eröffnet

GESCHÄFTSBERICHT DES VORSTANDES

I

Die NORDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT legt hiermit ihren Aktionären und Geschäftsfreunden ihren *ersten Geschäftsbericht* vor. Obwohl die Bank in ihrer neuen Form erst am 27. September 1952 ins Leben getreten ist, umfaßt das erste Geschäftsjahr das gesamte Kalenderjahr, da nach den Bestimmungen des *Gesetzes über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten vom 29. März 1952* (Großbankengesetz) die *außerordentliche Hauptversammlung* der DEUTSCHEN BANK in Berlin am 25. September 1952 beschloß, den ausgegründeten Banken die Geschäfte der in den Westzonen belegenen Niederlassungen mit Wirkung vom 1. Januar 1952 zu übertragen. Die NORDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT ist als Nachfolgeinstitut der DEUTSCHEN BANK für den Bereich der Länder *Bremen, Hamburg, Niedersachsen* und *Schleswig-Holstein* ausgegründet worden und hat in diesen Ländern die Geschäfte der DEUTSCHEN BANK übernommen, die zwischenzeitlich von der DISCONTO BANK, NORDDEUTSCHEN BANK IN HAMBURG und NORDWESTBANK geführt wurden.

In den an die Währungsreform von 1948 anschließenden Jahren hatte sich nach der Katastrophe von 1945 der Wiederaufbau der Wirtschaft auf der wiedergewonnenen Grundlage einer festen Währung in stürmischem Tempo vollzogen. Diese erste Periode der Wiederherstellung zerstörter Produktionsanlagen und -einrichtungen in allen Bereichen der Volkswirtschaft und des schnellen Ansteigens der gewerblichen Erzeugung auf allen Gebieten wurde im Jahre 1952 von einer *Verlangsamung des Wachstumstempes* abgelöst. Wir können auch die weitere Entwicklung nicht mit dem Maßstab des steilen Aufschwungs vergangener Jahre messen, müssen vielmehr in Zukunft mit normaleren Wachstumsraten rechnen. Im Jahre 1952 betrug der Anstieg der Industrieproduktion 7,2 0/0.

Die Fortschritte der hinter uns liegenden Jahre wären nicht erreicht worden ohne eine Wirtschaftspolitik, die entschlossen den Unternehmer von den Fesseln einer als falsch erkannten Wirtschaftslenkung befreit hat und deren oberstes Prinzip die weitgehende Wiederherstellung einer auf den Gesetzen von Angebot und Nachfrage aufgebauten privaten *Wettbewerbswirtschaft* ist. Die Erfolge wären noch größer gewesen, wenn im

Auf der gleichen Grundlage, auf der sich diese Sparleistungen vollzogen haben, müßte auch eine kräftige Wiederbelebung des *Wertpapierabsatzes an Private* möglich sein, wenn die richtigen Wege eingeschlagen werden. Der Wegweiser dazu ist: *volle Wiederherstellung der Zins- und Kurswahrheit*. Nur über diese kann der Wertpapieranlage der unentbehrliche Liquiditätscharakter gegeben werden, der die herrschende Vorliebe für die unmittelbar liquide Anlage in Geldguthaben zu überwinden vermag. Die Furcht vor Auswirkungen der Zins- und Kurswahrheit in Gestalt erhöhter Zinskosten für den Kapitalnehmer ist unbegründet. In der Gesamtentwicklung werden echte Preise in der Marktwirtschaft immer weiter führen als verfälschte. Außerdem ist im Zeichen des „grauen“ Wertpapiermarktes die erhöhte Belastung für den Kapitalnehmer schon jetzt vorhanden.

Für die *Banken als Mittler zwischen Geld- und Kapitalmarkt* würde die Wiederherstellung eines aufnahmefähigen Emissionsmarktes für Renten und Aktien die Möglichkeit bedeuten, sich ohne Sorge für die Vorfinanzierung von Investitionsvorhaben zur Verfügung zu stellen. Sie könnten sich dann immer wieder über den Emissionsmarkt von Krediten entlasten, die ihrer wirtschaftlichen Natur nach langfristig sind.

Der Kapitalmarkteng und der Stagnation auf dem Markt der privaten Emissionen entspricht die gedrückte Haltung der *Wertpapiermärkte*. Das Jahr 1951 wurde börsenmäßig durch eine Hebung des Kursniveaus gekennzeichnet, mit der die Unterbewertung der deutschen Aktie berichtigt wurde. Im Jahre 1952 folgte ein Rückschlag, der den Kursdurchschnitt von 462 an den Börsen des Bundesgebietes notierten Aktien von dem im Januar 1952 erreichten Höchststand von 141 % des RM-Nominalwertes auf 107 % Ende 1952 senkte. Die Rückgänge haben sich seither weiter fortgesetzt. Die Aktienkurse zahlreicher Gesellschaften, die ihre Aktionäre keineswegs ohne Dividende lassen, stehen unter pari und machen schon aus diesem Grunde jede Kapitalerhöhung unmöglich. Durch die steuerliche Doppelbelastung der Dividende wird die Aktie gegenüber der steuerbegünstigten Schuldverschreibung aufs stärkste benachteiligt. Solange hier nicht ausreichende Revisionen vorgenommen worden sind, ist jedes Bemühen, die Aktie wieder begehrt zu machen, sei es durch Beteiligungssparen, Investmentgesellschaften oder andere Konstruktionen, aber auch durch Reformmaßnahmen auf dem Gebiet des Aktienrechts, vergeblich. Was der Ausfall der Aktie als Finanzierungsinstrument für die Durchführung der gesamtwirtschaftlichen Investitionsaufgaben bedeutet, wird allein durch den Hinweis auf die Tatsache klar, daß rund die Hälfte aller Arbeitsplätze in der Industrie und fast die Gesamtheit der Arbeitsplätze in den Grundstoffindustrien auf Unternehmen entfallen, welche die Form der Aktiengesellschaft haben.

Neben der Neuordnung des Kapitalmarktes steht als vordringliche Aufgabe die wegen der Kriegsfolgen besonders notwendige Exportsteigerung. Im vergangenen Jahr wurde erstmalig ein Exportüberschuß erzielt. Dieser ist aber für den Ausgleich der Zahlungsbilanz unter Einschluß der Verpflichtungen aus dem Londoner Schuldenabkommen nicht ausreichend. Die jüngste Entwicklung hat erkennen lassen, daß auch im Außenhandel die Periode des stürmischen Wachstums beendet ist und es großer Anstrengungen bedürfen wird, um das Erreichte nicht nur zu behaupten, sondern noch auszubauen.

Der Erfolg wird zu einem nicht geringen Teil auch von dem Verhalten der Außenhandelspartner, vornehmlich im Dollarraum, abhängen.

Die Bundesrepublik hat im Rahmen des Möglichen dazu beigetragen, auch in der *Außenhandelspolitik* dem liberalen Gedanken immer stärker zum Durchbruch zu verhelfen. Ein Land, das in so hohem Maße auf den zwischenstaatlichen Güter- und Dienstleistungsaustausch angewiesen ist wie die Bundesrepublik, hat alles Interesse daran, das gemeinsame europäische Ziel, die *Konvertierbarkeit* der Währungen und damit die größtmögliche Bewegungsfreiheit zu erstreben. Die Wiedergewinnung dieser Freiheit wird aber kaum anders als stufenweise erfolgen können, und das Ziel wird von mehreren Seiten zugleich angegangen werden müssen. Es hat den Anschein, daß die stärker werdenden Bestrebungen, mindestens in Westeuropa zu einer *Liberalisierung* auch des *Devisenverkehrs* zu gelangen, bereits in diesem Jahr praktische Ergebnisse zeitigen werden.

II

Für die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den *Ländern Bremen, Hamburg, Niedersachsen* und *Schleswig-Holstein*, dem unmittelbaren Arbeitsgebiet unserer Bank, war von Einfluß, daß hier in der Berichtszeit der Prozentsatz der Arbeitslosen beträchtlich über dem Bundesdurchschnitt lag. Auch die *industrielle Produktion* im allgemeinen blieb in unserem Bezirk unter dem Niveau des Bundesgebietes. Um so erfreulicher war es, daß der *Schiffsbau*, der in Norddeutschland eine entscheidende wirtschaftliche Rolle spielt, wieder als nachhaltige Konjunkturstütze wirksam werden konnte.

Die *Werften* steigerten ihre Erzeugung laufend, vergrößerten besonders auch ihren Exportanteil und stellten 1952 etwa eine halbe Million BRT neuen Schiffsraum her. In der Weltrangliste des Schiffbaues stand Westdeutschland am Jahresende bereits wieder an vierter Stelle.

Der Aufbau der deutschen *Handelsflotte* wurde 1952 durch Finanzierungsschwierigkeiten gehemmt, die durch steigende Schiffsbaukosten bei gleichzeitig sinkenden Frachtraten noch vergrößert wurden. Die deutsche Handelsflotte verfügte Ende 1952 wieder über einen Bestand von ca. 1700 Schiffen mit 1,5 Mill. BRT und erbrachte der deutschen Volkswirtschaft im Berichtsjahr Deviseneingänge im Gegenwert von etwa einer halben Milliarde DM.

Der *Güterumschlag* in den Häfen des Bundesgebietes stieg im Berichtsjahr um mehr als 13%, liegt aber trotzdem noch unter der Vorkriegshöhe.

Die Aufhebung produktionseinschränkender Maßnahmen seitens der Alliierten trug 1952 in der *Eisen- und Stahlindustrie* des niedersächsischen Zonengrenzgebietes von Salzgitter zu einer wirtschaftlichen Belebung bei. Durch Ausbau der Anlagen und Inbetriebnahme eines neuen Hochofens im August 1952 stiegen die Erzförderung um ein Viertel und die Roheisenerzeugung um zwei Drittel.

Die *Landwirtschaft* erzielte im Berichtsjahr in unserem Geschäftsbereich recht günstige Ergebnisse. Die außergewöhnliche Trockenheit des letzten Sommers in den übrigen Bundesländern berührte Norddeutschland wenig, so daß hier bei zahlreichen Anbauprodukten höhere Hektar-Erträge als 1951 verzeichnet wurden.

Die *Kreditgewährung* der Geschäftsbanken in unserem Gebiet bewegte sich 1952 unter dem Bundesdurchschnitt. Das Volumen kurzfristiger Kredite in den Ländern Hamburg und Bremen war bis November 1952 sogar rückläufig. Dies erklärt sich zu einem wesentlichen Teil aus der Bedeutung der beiden Städte als Außenhandelsplatz im Zusammenhang mit Preisrückgängen und Änderungen der Finanzierungsmethoden auf dem Gebiete des Außenhandels.

Trotz der Beruhigung des Weltmarktes, die nach der Korea-Hausse eintrat, konnten die Hamburger und Bremer Kaufleute ihre Handelsumsätze wiederum erhöhen. Ebenso vermochten die Produzenten in unserem Gebiet ihre Lieferungen an das Ausland zu steigern. Auch die Geschäftsumsätze unserer Bank erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr noch etwas.

Die *Gesamtsumme der unserer Kundschaft zur Verfügung gestellten kurz- und mittelfristigen Kredite* betrug

am 31. 12. 1951	560 Millionen DM
am 31. 12. 1952	626 Millionen DM

Im einzelnen stand einer etwa 30 % betragenden Verminderung der *Akzeptkredite* ein Anstieg der *Barkredite* um 34 % und der *Wechselkredite* um 9 % gegenüber.

Die Aufteilung unseres Kreditvolumens auf die verschiedenen *Wirtschaftsgruppen* entspricht der Struktur unseres Arbeitsgebietes. Am Ende des Geschäftsjahres waren von uns ausgeliehen:

an Handel	52,68 %
an Industrie, Gewerbe und Handwerk	42,27 %
an Sonstige	5,05 %
	<hr/>
	100,00 %

Die *Gesamtzahl* der in unserer Bank *Beschäftigten* betrug am Tage der Währungsreform 1149 und am Ende des Geschäftsjahres 2627; darunter befanden sich 744 weibliche Betriebsangehörige und 134 Lehrlinge. In der starken Zunahme der Mitarbeiterzahl kommt die Vergrößerung unseres Geschäftes zum Ausdruck.

Besondere Aufmerksamkeit widmen wir der sozialen Fürsorge für unsere Mitarbeiter, der Erhaltung ihrer Gesundheit sowie ihrer körperlichen Ertüchtigung. Vor allem haben wir zur Beschaffung von Wohnraum und Hausrat wiederum Baukostenzuschüsse und zinsverbilligte Darlehen gewährt. Erholungsbedürftige Angestellte erhalten in größerem Umfange verbilligten Ferienaufenthalt. Zur Förderung des Sports unterstützen wir die an mehreren Plätzen bestehenden Betriebs-Sportvereinigungen unserer Angestellten, in Hamburg unter anderem durch Herrichtung eines Sportplatzes und einer Turnhalle.

Die uns im Berichtsjahr gestellten Aufgaben konnten nur durch tatkräftige Mitarbeit unserer Angestellten bewältigt werden. Allen Angehörigen unserer Bank sprechen wir für ihren Fleiß und ihre Einsatzbereitschaft unseren Dank aus.

III

Der Vergleich der vorliegenden BILANZ mit der Eröffnungsbilanz zum 1. 1. 1952 zeigt eine Erhöhung der *Bilanzsumme* von 747 554 027,26 DM auf 857 682 724,19 DM, also um 14,73 %.

Die *Umsätze* auf den Konten unserer inländischen und ausländischen Kunden — ohne Bankenkundschaft — beliefen sich im Berichtsjahr auf 37 857 929 000,- DM, auf Sparkonten wurden 77 181 000,- DM und auf den Konten unserer inländischen und ausländischen Bankenkundschaft 8 436 121 000,- DM umgesetzt. Umsätze auf Nostro- und Verrechnungskonten sind in diesen Ziffern nicht enthalten. Die reinen Umsätze auf den Konten unserer Kundschaft betragen somit 46 371 231 000,- DM.

Bei 780 994 013,22 DM Gesamtverbindlichkeiten, in welchen auch 22 852 965,89 DM Gelder mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigung von 4 Jahren und länger enthalten sind, betragen die Kassenbestände und Guthaben bei Landeszentralbanken und Postscheckämtern 88 120 457,40 DM. Hieraus errechnet sich eine *Barliquidität* von 11,28 %. Unter Hinzurechnung der Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben), der fälligen Zins- und Dividendenscheine, der Schecks, der bei den Landeszentralbanken rediskontfähigen Wechsel sowie der bei den Landeszentralbanken beleihbaren Wertpapiere ergeben die leicht verwertbaren Aktiven eine Gesamtsumme von 367 557 847,73 DM, so daß die *Liquidität* 47,06 % beträgt.

Die *Guthaben bei Kreditinstituten* (Nostroguthaben) weisen wir mit 66 219 270,72 DM gegenüber der Eröffnungsbilanz mit 104 374 215,41 DM um rund 38 Mill. DM niedriger aus. Während die Nostroguthaben in fremder Währung um 56 Mill. DM zurückgegangen sind, haben die DM-Guthaben eine Steigerung um 18 Mill. DM erfahren. Die Abnahme der Währungsguthaben erklärt sich durch die eingetretenen Änderungen im Zahlungsverkehr mit dem Auslande, die sich insbesondere auf die Abwicklung von Importgeschäften auswirkten.

Von den von unserer Kundschaft hereingenommenen *Wechseln* hielten wir am Jahresende 218 938 656,16 DM in Bestand, gegenüber 148 958 162,06 DM in der Eröffnungsbilanz. Der Anteil am Bilanzumfang ist dadurch von 19,93 % auf 25,53 % gestiegen.

Die Bewertung der Bestände an *eigenen Wertpapieren* erfolgte nach dem Niederstwertprinzip. Wir weisen diese mit 14 737 728,16 DM aus. Einem Zugang von rd. 1 637 000,- DM bei den festverzinslichen Werten steht eine Abnahme der Dividendenpapiere um 251 000,- DM gegenüber.

Die *Ausgleichsforderungen* gegen die Länder unseres Niederlassungsbereiches haben sich nur wenig verändert. Sie sind von 89 326 694,78 DM auf 89 289 572,30 DM zurückgegangen. Die Ausgleichsforderungen stellen in der bisherigen Form eine unerfreuliche Folgeerscheinung der Währungsreform dar. Sie werden bekanntlich mit nur 3 % verzinst und sind nach gesetzlicher Vorschrift mit 100 % zu bewerten.

Die *Konsortialbeteiligungen* von 140 234,24 DM am Jahresanfang sind durch Beteiligung an einigen weiteren Emissionen auf 493 825,08 DM gestiegen.

Unter den *Debitoren* sind die Ausleihungen im kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäft ausgewiesen. Sie haben sich von 276 441 801,67 DM auf 320 136 724,76 DM, somit um 15,8 % erhöht. Ihr Anteil an der Bilanzsumme ist nur geringfügig von 36,98 % auf 37,33 % gestiegen.

Auch die *langfristigen Ausleihungen* haben zugenommen von 20 014 172,23 DM auf 28 727 566,27 DM. Der überwiegende Teil betrifft Durchleitungskredite der KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU zur Finanzierung langfristiger Industrie-Investitionen.

Durchlaufende Kredite sind nur wenig von 2 273 375,65 DM auf 3 023 338,48 DM gestiegen. Wir fungieren hierbei nur als Treuhänder zwischen unserer Kundschaft und den für die Hergabe langfristiger Gelder zuständigen Behörden bzw. Instituten.

In unseren *Beteiligungen*, die mit 2 542 200,- DM zu Buch stehen, sind folgende größere Positionen enthalten:

a) Kreditinstitute

AUSFUHRKREDIT-AKTIENGESELLSCHAFT, Frankfurt (Main)

BERLINER DISCONTO BANK AKTIENGESELLSCHAFT, Berlin

GEFA GESELLSCHAFT FÜR ABSATZFINANZIERUNG MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG,
Wuppertal-Elberfeld

b) sonstige Unternehmungen

TRINITAS VERMÖGENSVERWALTUNG MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG, Düsseldorf.

Die AUSFUHRKREDIT-AKTIENGESELLSCHAFT hat nach ihrer Satzung die Aufgabe, Exportgeschäfte zu finanzieren. Von der GEFA GESELLSCHAFT FÜR ABSATZFINANZIERUNG MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG ist uns für das Jahr 1952 eine Dividende von 8 % zugeflossen, während die BERLINER DISCONTO BANK AKTIENGESELLSCHAFT ihren Gewinn zur inneren Stärkung verwendet.

Der Buchwert unserer *Grundstücke und Gebäude* hat sich von 10 550 000,- DM in der Eröffnungsbilanz durch den Wiederaufbau kriegszerstörter Gebäude und durch die im Zusammenhang mit der bevorstehenden Wiedereröffnung einer Filiale in Lübeck bisher entstandenen Kosten auf 13 119 701,- DM erhöht, bei einem Zugang von 4 052 286,52 DM und einem Abgang einschl. Abschreibungen von 1 482 585,52 DM.

In der Eröffnungsbilanz hatten wir für *Betriebs- und Geschäftsausstattung* 3 200 000,- DM aktiviert. Am Ende des Jahres wurden hiervon 450 000,- DM abgeschrieben, so daß die Position mit 2 750 000,- DM erscheint. Die Anschaffungskosten für Möbel, Büromaschinen und sonstige Einrichtungsgegenstände im Jahre 1952 wurden sofort abgebucht.

In den *sonstigen Aktiven* sind unsere bisherige Leistung zur Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft, die von uns für das abgelaufene Geschäftsjahr zuviel gezahlten Steuern und Verrechnungsposten mit der DEUTSCHEN BANK, Berlin, Verwaltungssitz Düsseldorf neben anderen kleinen Posten zusammengefaßt, u. a. auch die Deckungsforderung nach § 11 des Gesetzes über einen Währungsausgleich für Sparguthaben Vertriebener.

Die *Einlagen* haben im Berichtsjahr von 605 219 295,03 DM auf 723 826 694,19 DM zugenommen; während sich die Sichteinlagen von 431 655 637,24 DM auf 422 630 807,16 DM ermäßigten, sind die befristeten Einlagen von 138 326 346,77 DM auf 238 056 460,44 DM und die Spareinlagen von 35 237 311,02 DM auf 63 139 426,59 DM gestiegen.

Die Erhöhung der Sicht- und Termineinlagen beträgt 15,91 %, der Rückgang der kurzfristigen Gelder 2,09 %, der Zuwachs der befristeten Einlagen 72,10 % und der Spareinlagen 79,18 %. Die Veränderungen in der zahlungsmäßigen Abwicklung von Importgeschäften führten zu einem Rückgang der unter den Sichteinlagen ausgewiesenen Währungsgelder unserer Kundschaft. Die Abnahme beläuft sich auf rund 58 Mill. DM und wurde durch die Zunahme der DM-Sichteinlagen um 49 Mill. DM zum größten Teil ausgeglichen.

Die *Spargelder* verteilen sich auf 19 314 920,84 DM mit gesetzlicher Kündigungsfrist — die Zunahme beträgt 6 152 081,78 DM = 46,74 % — und 43 824 505,75 DM mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist. Diese haben sich um 21 750 033,79 DM erhöht, das sind 98,53 %, zum größten Teil eingelegt auf Grund von steuerbegünstigten Kapitalansammlungsverträgen.

Einen Rückgang erfuhren die *aufgenommenen Gelder* (Nostroverpflichtungen) um 713 945,93 DM auf 29 306 478,56 DM. Es handelt sich hierbei größtenteils um die aus der Stillhaltung herrührenden Währungsverbindlichkeiten, die sich durch Rückzahlung in Sperrmark um 588 000,- DM ermäßigt haben.

Von den kurzfristigen Ausleihungen sind 63 762 113,76 DM als Akzeptkredite gegeben; hiervon sind die in Umlauf befindlichen Abschnitte mit 5 007 874,58 DM als *Akzeptverpflichtungen* ausgewiesen. Solawechsel haben wir nicht ausgestellt.

Die aufgenommenen *langfristigen Darlehen* (mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigungsfrist von 4 Jahren und mehr) sind von 19 361 229,89 DM in der Eröffnungsbilanz auf 22 852 965,89 DM gestiegen. Sie bilden in der Hauptsache den Gegenposten zu den langfristigen Ausleihungen, ebenso wie die *durchlaufenden Kredite* mit 3 023 338,48 DM als Treuhandgeschäfte zu dem gleichlautenden Ausweis unter den Aktiven.

Unverändert werden das *Grundkapital* mit 20 000 000,- DM und die *Gesetzliche Reserve* mit 5 000 000,- DM gezeigt. Nachdem die bisher gültigen Sätze für die Bildung der Sammelwertberichtigung von der Bankenaufsichtsbehörde herabgesetzt worden sind, wurden 6 900 000,- DM frei. Wir haben diesen Betrag zur Erhöhung der *Freien Sonderreserve* auf 10 000 000,- DM verwendet. Unser Eigenkapital beträgt nunmehr

Grundkapital	20 000 000,- DM
Gesetzliche Reserve	5 000 000,- DM
Freie Sonderreserve	10 000 000,- DM
	zusammen 35 000 000,- DM

Durch die Erhöhung der *Pensionsrückstellung* um 984 502,25 DM ist diese auf 16 326 485,65 DM angewachsen; der versicherungsmathematisch errechnete Gegenwartswert der Anwartschaften und der seit dem 1. 1. 1952 neu gewährten Ruhegehälter findet darin Deckung. Nicht ganz zur Hälfte gedeckt sind die Altpensionen, die auf Grund des von uns, der RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT und der SÜDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT mit der DEUTSCHEN BANK, Berlin, geschlossenen Ausgründungsvertrages übernommen wurden.

Die *sonstigen Rückstellungen* sind von 26 576 592,09 DM in der Eröffnungsbilanz auf 18 302 294,21 DM hauptsächlich durch Abdeckung eines Teiles der Steuerverpflichtungen

für die Zeit vor der Ausgründung zurückgegangen. In den Rückstellungen sind noch Beträge enthalten, denen keine entsprechenden Aktiven gegenüberstehen oder bei denen wir aus anderen Erwägungen keine Kompensationen vorgenommen haben.

Die Verbindlichkeiten aus *Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften* sowie aus Gewährleistungsverträgen erfuhren eine Erhöhung von 74 071 086,21 DM auf 88 495 282,77 DM. Dagegen haben sich die *Indossamentsverbindlichkeiten* aus weitergegebenen Wechseln von 122 354 284,73 DM auf 77 868 836,03 DM ermäßigt.

Unsere Einzahlungsverpflichtungen auf noch nicht voll eingezahlte Aktien und GmbH-Anteile beliefen sich Ende 1952 auf 1 456 050,-DM.

Die in unserer GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG ausgewiesenen Personalkosten betragen 16 893 750,07 DM. Der Personalbestand ist von 2319 am 1. 1. 1952 auf 2627 am Ende des Geschäftsjahres angewachsen.

Die Ausgaben für soziale Zwecke, Wohlfahrtseinrichtungen und Pensionen erforderten 3 398 135,33 DM, die sonstigen Handlungskosten 4 891 962,54 DM und die Steuern und Abgaben 14 414 770,31 DM.

Zur Deckung dieser Aufwendungen sowie des ausgewiesenen Gewinnes von 1 251 500,- DM wurden von den Erträgen 18 382 553,21 DM Zinsen und Diskont und 22 467 565,04 DM Provisionen und Gebühren herangezogen. Alle übrigen Einnahmen haben wir zu Abschreibungen und Rücklagen verwendet.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes im Jahre 1952 betragen 230 300,- DM. Der Aufsichtsrat erhält auf Grund unserer Satzung an festen Bezügen 19 500,- DM sowie einen Gewinnanteil von 32 000,- DM; die Beträge sind dem ausgewiesenen Gewinn von 1 251 500,- DM zu entnehmen.

Wir schlagen vor, den alsdann verbleibenden Gewinn als
Dividende von 6 % auf 20 000 000,- DM Grundkapital
auszuschütten.

HAMBURG, im April 1953

DER VORSTAND

Bechtolf Klasen Ulrich

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat hat in mehreren Sitzungen sowie fortlaufend in regelmäßigen Zeitabschnitten durch einen Arbeitsausschuß die ihm obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die ihm erstatteten Berichte des Vorstandes über die Geschäftslage im allgemeinen sowie über wichtigere Geschäftsvorfälle erörtert.

Der vorliegende Jahresabschluß und Geschäftsbericht sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlußprüferin gewählten TREUVERKEHR WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT, Bielefeld, geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern und den gesetzlichen Vorschriften übereinstimmend gefunden worden.

Mit dem vorstehenden Bericht des Vorstandes und der vorgeschlagenen Gewinnverteilung erklärt sich der Aufsichtsrat einverstanden.

HAMBURG, im April 1953

DER AUFSICHTSRAT

Dr. Wiegers, Vorsitz

AKTIVA

NORDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

	DM	DM
Kassenbestand		7 981 951,65
Landeszentralbankguthaben		78 143 727,98
Postscheckguthaben		1 994 777,77
Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben)		
a) täglich fällig	57 377 989,48	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
von weniger als 3 Monaten	8 841 281,24	
c) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		
von 3 Monaten und mehr	—	66 219 270,72
Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendscheine ..		372 163,22
Schecks		4 403 388,56
Wechsel		218 938 656,16
darunter:		
a) zentralbankfähige Wechsel DM	207 715 616,88	
b) eigene Ziehungen DM	1 252 131,76	
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes		
und der Länder		—
Wertpapiere		
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes		
und der Länder	704 797,83	
b) sonstige verzinsliche Wertpapiere	1 485 396,58	
c) börsengängige Dividendenwerte	11 389 227,01	
d) sonstige Wertpapiere	1 158 306,74	14 737 728,16
darunter: beleihbar bei einer Landeszentralbank DM	726 950,95	
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand		89 289 572,30
Konsortialbeteiligungen		493 825,08
Debitoren		
a) Kreditinstitute	10 956 625,48	
b) sonstige	309 180 099,28	320 136 724,76
Langfristige Ausleihungen		
a) gegen Grundpfandrechte	90 657,17	
b) gegen Kommunaldeckung	—	
c) sonstige	28 636 909,10	28 727 566,27
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)		3 023 338,48
Beteiligungen		2 542 200,—
darunter: an Kreditinstituten DM	2 454 500,—	
Grundstücke und Gebäude		
a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende	12 608 800,—	
b) sonstige	510 901,—	13 119 701,—
Betriebs- und Geschäftsausstattung		2 750 000,—
Sonstige Aktiva		4 772 445,05
Rechnungsabgrenzungsposten		35 687,03
SUMME DER AKTIVA		857 682 724,19

In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten sind enthalten:

a) Forderungen an Konzernunternehmen	12 674,89
b) Forderungen an Mitglieder des Vorstandes und an andere im § 14 Abs. 1 u. 3 KWG genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Mitglied unseres Aufsichtsrats Inhaber oder persönlich haftender Gesellschafter ist	6 108 017,16

BILANZ zum 31. Dezember 1952

PASSIVA

	DM	DM	DM
Einlagen			
a) Sichteinlagen von			
aa) Kreditinstituten	75 884 726,56		
bb) sonstigen Einlegern	346 746 080,60	422 630 807,16	
b) Befristete Einlagen von			
aa) Kreditinstituten	63 625 183,05		
bb) sonstigen Einlegern	174 431 277,39	238 056 460,44	
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			
von 3 Monaten und mehr DM	129 392 905,44		
c) Spareinlagen			
aa) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	19 314 920,84		
bb) mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist	43 824 505,75	63 139 426,59	723 826 694,19
Aufgenommene Gelder (Nostroverpflichtungen)			29 306 478,56
darunter:			
a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			
von 3 Monaten und mehr DM	1 250 000,—		
b) von der Kundschaft bei Dritten			
benutzte Kredite DM	22 242 719,32		
Eigene Akzepte und Solawechsel		63 762 113,76	
abzüglich eigener Bestand		58 754 239,18	5 007 874,58
Aufgenommene langfristige Darlehen			
a) gegen Grundpfandrechte		14 729,89	
b) sonstige		22 838 236,—	22 852 965,89
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			3 023 338,48
Grundkapital			20 000 000,—
Rücklagen nach § 11 KWG			
a) Gesetzliche Reserve		5 000 000,—	
b) Freie Sonderreserve		10 000 000,—	15 000 000,—
Pensionsrückstellung			16 326 485,65
Rückstellungen (einschließlich Steuerrückstellungen)			18 302 294,21
Sonstige Passiva			—
Rechnungsabgrenzungsposten			2 785 092,63
Reingewinn			1 251 500,—
SUMME DER PASSIVA			857 682 724,19

Eigene Ziehungen im Umlauf	84 419,11
darunter: den Kreditnehmern abgerechnet DM	—
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen	88 495 282,77
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	77 868 836,03
In den Passiven sind enthalten:	
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmungen (einschließlich der Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten)	11 969,21

AUFWENDUNGEN

GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG

	DM
Personalaufwendungen	16 893 750,07
Ausgaben für soziale Zwecke, Wohlfahrtseinrichtungen und Pensionen	3 398 135,33
Sonstige Handlungskosten	4 891 962,54
Steuern und ähnliche Abgaben	14 414 770,31
Reingewinn	1 251 500,—
	<u>DM 40 850 118,25</u>

für das Jahr 1952

ERTRÄGE

	DM
Zinsen und Diskont	18 382 553,21
Provisionen und Gebühren	22 467 565,04
	<u>DM 40 850 118,25</u>

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der NORDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften.

Etwaige zur Zeit noch nicht feststellbare Vermögensveränderungen, die sich für die NORDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT als Nachfolgeinstitut der DEUTSCHEN BANK ergeben sollten, konnten bei unserer Prüfung nicht berücksichtigt werden.

HAMBURG, im April 1953

NORDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

Bechtolf Klasen Ulrich

BIELEFELD/HAMBURG, den 20. April 1953

TREUVERKEHR WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT

Dr. Möhle, Wirtschaftsprüfer Dr. Dr. Red, Wirtschaftsprüfer

VERZEICHNIS der Geschäftsstellen

Zentrale: HAMBURG, Alter Wall 37-53

HAMBURG

Alter Wall 37-53

Depositenkassen und Zahlstellen:

- A *Güntherstraße 100*
- B *Neuer Pferdemarkt 27*
- D *Stralsunder Straße 3*
- E *Eppendorfer Weg 58*
- H *Eppendorfer Landstraße 70*
- J *Baumwall 3*
- K *Hofweg 62*
- P *Oberhafenstraße 3*
- R *Spitalerstraße 16*
- U *Winterhuder Marktplatz 4*
- V *Klosterstern 1*
- W *Hopfensack 14*
- X *Mittelweg 152*
- DE *Sandtorkai 2*
- Bergedorf, Weidenbaumsweg 4*
- Wandsbek,*
- Wandsbeker Marktstraße 77*
- Flughafen, Fuhlsbüttel*
- Hotel Atlantic,*
- An der Alster 73-79*
- Schlachthof, Neuer Kamp 31*

HAMBURG-ALTONA

Königstraße 117/119

HAMBURG-HARBURG

Harburger Rathausstraße 44

ALFELD (Leine)

Burgfreiheit 5

BRAUNSCHWEIG

Brabantstraße 10

Bohlweg 64/65

BREMEN

Domshof 22-25

Pappel-, Ecke Friedr.-Ebert-Str.

Schwachhauser Heerstraße 2

Schwachhauser Heerstraße 207

BREMERHAVEN

Borriesstraße 46

Fischereihafen

CELLE

Kanzleistraße 9-10

EINBECK *

Altendorfer Straße 41

GÖTTINGEN

Zindelstraße 3

Johannisstraße 19-21

GOSLAR

Fischemäkerstraße 13

HAMELN

Am Markt 3

HANNOVER

Georgsplatz 20

Hannover-Kleefeld,

Kirchröderstraße 104

Hannover-Linden,

Falkenstraße 3

Hannover-List,

Podbielskistraße 5

HILDESHEIM

Bankplatz 1

LÜBECK *

Sandstraße 11-13

LÜNEBURG

Bardowicker Straße 6

NORDHORN

Bentheimer Straße 4

OSNABRÜCK

Wittekindstraße 9-10

SALZGITTER-BAD *

Schützenplatz 18

SALZGITTER-WATENSTEDT

Hauptstraße 8

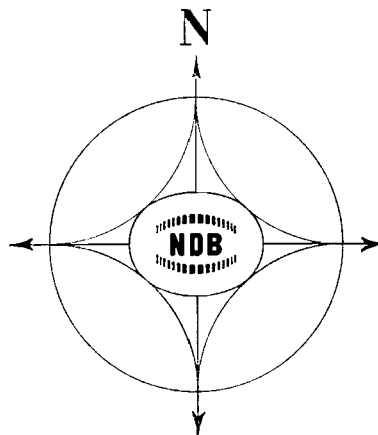
WOLFENBÜTTEL

Kommissstraße 3-4

WOLFSBURG

Schachtweg 1

* Wird demnächst eröffnet



RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT



GESCHÄFTSBERICHT *für das Jahr 1952*

AUFSICHTSRAT

FRITZ WINTERMANTEL, Düsseldorf, *Vorsitzer*

DR GÜNTER HENLE, Duisburg, *stellvertretender Vorsitzter*

Regierungsrat a. D. HANS OESTERLINK, Köln, *stellvertretender Vorsitzter*

Geheimer Regierungsrat GUSTAV BRECHT, Bad Wiessee

GUSTAV BREDT, Köln

BERNHARD VAN DELDEN, Gronau (Westfalen)

DR ULRICH HABERLAND, Leverkusen

DR JOST HENKEL, Düsseldorf

HANS REUTER, Duisburg

WERNER SÖHNGEN, Essen

DR ERNST HELLMUT VITS, Wuppertal-Elberfeld

OTTO WOLFF VON AMERONGEN, Köln

als Vertreter des Betriebsrats:

JOACHIM FELDMANN, Düsseldorf

ANTON FINK, Köln

VORSTAND

DR HANS JANBERG *

DR CLEMENS PLASSMANN

JEAN BAPTIST RATH

OSWALD RÖSLER

stellvertretend:

FRITZ GRÖNING *

* seit 2. 2. 1953

DIREKTOREN DER HAUPTVERWALTUNG

GEORG J. ADAM	MAX OTT	OTTO RIEN
RICHARD AHLBORN	DR HANS PASCHKE, <i>Syndikus</i>	DR E. W. SCHMIDT
WILHELM HEITZEBERG, <i>Syndikus</i>	OTTOMAR G. VON PLOTTNITZ	KURT SPECHT
HERMANN KAISER	DR HELMUT POLLEMS	ERHARD ULBRICHT
EUGEN KRETSCHMAR	WILHELM REGLING	DR ERNST WIENANDS

DIREKTOREN DER HAUPTFILIALEN

Aachen	AUGUST KOENEMANN · DR WILHELM KUETGENS · HEINRICH SCHARF
Bielefeld	ANTON HELLHAKE · DR MAX SELIGE
Dortmund	DR HERMANN GOCKEL · HANS KIPPENBERGER
Düsseldorf	DR HERBERT DICKE · ERNST NELL · EBERHARD CL. FRHR. VON OSTMAN
Duisburg	MICHAEL FLORACK · PAUL PASLAT
Essen	DR MAX ROHDE · DR ADOLF SCHAEFFER · GEORG WIEGMINK
Köln	DR ERNST HOPPE · ROBERT KUTH
Krefeld	KURT HAUSMANN · NORBERT HESSE
Münster	HEINRICH HOEGEN · ERICH KUMMER
Siegen	RUDOLF PLAAS · HUGO WINKELMANN
Wuppertal	PAUL KUTH · WOLFGANG SUCHSLAND · HEINZ REITBAUER · HANNS WALTER

GESCHÄFTSBERICHT DES VORSTANDES

I

Die RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT legt hiermit ihren Aktionären und Geschäftsfreunden ihren *ersten Geschäftsbericht* vor. Obwohl die Bank in ihrer neuen Form erst am 27. September 1952 ins Leben getreten ist, umfaßt das erste Geschäftsjahr das gesamte Kalenderjahr, da nach den Bestimmungen des *Gesetzes über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten vom 29. März 1952* (Großbankengesetz) die *außerordentliche Hauptversammlung* der DEUTSCHEN BANK in Berlin am 25. September 1952 beschloß, den ausgegründeten Banken die Geschäfte der in den Westzonen belegenen Niederlassungen mit Wirkung vom 1. Januar 1952 zu übertragen.

In den an die Währungsreform von 1948 anschließenden Jahren hatte sich nach der Katastrophe von 1945 der Wiederaufbau der Wirtschaft auf der wiedergewonnenen Grundlage einer festen Währung in stürmischem Tempo vollzogen. Diese erste Periode der Wiederherstellung zerstörter Produktionsanlagen und -einrichtungen in allen Bereichen der Volkswirtschaft und des schnellen Ansteigens der gewerblichen Erzeugung auf allen Gebieten wurde im Jahre 1952 von einer *Verlangsamung des Zuwachstempos* abgelöst. Wir können auch die weitere Entwicklung nicht mit dem Maßstab des steilen Aufschwungs vergangener Jahre messen, müssen vielmehr in Zukunft mit normaleren Wachstumsraten rechnen. Im Jahre 1952 betrug der Anstieg der Industrieproduktion 7,2 %.

Die Fortschritte der hinter uns liegenden Jahre wären nicht erreicht worden ohne eine Wirtschaftspolitik, die entschlossen den Unternehmer von den Fesseln einer als falsch erkannten Wirtschaftslenkung befreit hat und deren oberstes Prinzip die weitgehende Wiederherstellung einer auf den Gesetzen von Angebot und Nachfrage aufgebauten privaten *Wettbewerbswirtschaft* ist. Die Erfolge wären noch größer gewesen, wenn im Gefüge der Wirtschaft nicht noch mannigfache Verzerrungen und Einschränkungen des Wettbewerbs beständen. Hinzu kommen die Folgen eines für die Wirtschaft auf die Dauer verheerend wirkenden Steuersystems. Dieses trägt auch — neben den hohen Anforderungen des Wiederaufbaus an die Selbstfinanzierung der Betriebe — vornehmlich Schuld daran, daß die aus der Währungsreform herrührenden Verluste an Betriebskapital noch nicht

stärker wieder ausgeglichen werden konnten. Die Folge ist, daß nach wie vor kein Gleichgewicht besteht zwischen der Produktions- und Güterseite und der Geld- und Kapitalseite unserer Wirtschaft. Diese hat noch längst nicht in dem Maße an Kraft und Kapazität gewonnen wie die Produktionsseite. In einer sehr großen Zahl von Unternehmen besteht ein Mißverhältnis zwischen der Vergrößerung des Produktionsapparates und seiner Leistungen auf der einen, der kapitalmäßigen Anreicherung auf der anderen Seite. So mußten auch vielfach bei schmaler Kapitalgrundlage ungewöhnlich hohe Kredite gegeben werden. Die erste Voraussetzung für eine echte Konsolidierung unserer Wirtschaftsverhältnisse bleibt die Überwindung der strukturellen Kapitalschwäche, deren Auswirkungen uns immer wieder begegnen.

Als Kreditbank haben wir besonderen Anlaß, mit allem Ernst auf die Schwere des hier gekennzeichneten Problems hinzuweisen. An Stelle der längst überwundenen Engpässe in Kohle, Stahl und anderen Rohstoffen, bei denen hier und da bereits die Frage auftaucht, wie kommende Absatzsorgen zu überwinden sind, steht der *Engpaß Kapitalversorgung* im Vordergrund der Schwierigkeiten. Seine Überwindung wird entscheidend dadurch erschwert, daß der Kapitalmangel zusammenfällt mit einer Steuerlast, welche die Bildung von freien Kapitalüberschüssen bei Unternehmen und Privaten hemmt.

Steuern sind heute fast in der ganzen Welt das beherrschende Thema der wirtschaftspolitischen Diskussion geworden. In der Bundesrepublik hat die Steuerbelastung ein Ausmaß erreicht, das zu einer ernstesten Gefahr materieller wie auch psychologischer Art geworden ist. Bis zu welchem Grade die Beteiligung der öffentlichen Hand am Wirtschaftsertrag gediehen ist, wird am besten durch die Tatsache ins Licht gerückt, daß der Anteil der Gesamtausgaben der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) am Nettosozialprodukt im Fiskaljahr 1953/54 rund 40% erreichen wird. Die Wirtschaft muß sich mit einer steuerlichen Belastung abfinden, die sich aus dem Umfang der von Staat und öffentlicher Verwaltung *notwendig* zu übernehmenden Aufgaben und Verpflichtungen ergibt. Unvermeidbar sind unter den gegebenen Verhältnissen Besatzungskosten, die sich in tragbaren Grenzen halten, Kriegsfolgelasten und eine ausreichende soziale Versorgung. Diese hat sich aber frei von Entartungserscheinungen zu halten und darf nicht jeden Gedanken an Selbstverantwortlichkeit ersticken. Die Wirtschaft, deren große sozialpolitische Aufgabe die Erhaltung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze ist, hat Anspruch darauf, daß der Staat sich bei seinen Aufgaben und Ausgaben äußerste Beschränkung auferlegt.

Der Finanzverwaltung ist das Recht auf die Haltung gewisser Reserven zuzugestehen. Es erscheint aber mit den geforderten Grundsätzen nicht vereinbar, daß eine ständig steigende *Ansammlung öffentlicher Gelder* erfolgt, zu gleicher Zeit aber der Kapitalmarkt in beträchtlichem Ausmaß von der öffentlichen Hand in Anspruch genommen wird und auch Erträge und Rückflüsse auf Investitionskredite aus Gegenwertsmitteln zum Ausgleich des Bundeshaushalts Verwendung finden. Ende 1952 hatten die Einlagen öffentlicher Stellen bei den Kreditinstituten aller Art (ohne Zentralbanksystem) einen Betrag von 4,75 Mrd. DM erreicht, der nicht weniger als 25% der Gesamteinlagen ohne Spareinlagen ausmachte. Unter Einrechnung der öffent-

lichen Guthaben im Zentralbanksystem ergab sich zum gleichen Termin eine Gesamtsumme der Bankeinlagen der öffentlichen Hand von 6,9 Mrd. DM, an der die öffentlichen Kreditinstitute mit einer Quote von 75—80% beteiligt waren. Der öffentliche Sektor der Kreditwirtschaft wird auf solche Weise mit vorwiegend aus Steuermitteln stammenden Geldern genährt und erhält dadurch liquiditätsmäßig einen außerordentlichen Rückhalt, der dem konkurrierenden privaten Bankgewerbe abgeht. Gleichzeitig werden aber der Wirtschaft vom öffentlich-rechtlichen Kreditapparat wieder Mittel als Ausleihungen zur Verfügung gestellt, die sie als Steuern abgeführt hat. Die öffentliche Hand wird immer stärker zum Gläubiger der Privatwirtschaft, und es wächst die Systemwidrigkeit, die ein zunehmender Staatseinfluß im Rahmen einer privaten Unternehmungswirtschaft darstellt.

Unverkennbar steht die Übernahme großer Finanzierungsaufgaben durch die öffentliche Hand, vornehmlich auf dem Gebiet der Investitionen, in engem Zusammenhang mit der fehlenden Leistungskraft des Kapitalmarktes. Die Unmöglichkeit, größere Kapitalbeträge für private Investitionen aus dem Markt zu schöpfen, geht weniger auf allgemeinerwirtschaftliche und psychologische Ursachen zurück, sondern ist vor allem die Folge des Steuerdrucks und einer verfehlten Zinspolitik gewesen. Wenn dem *Ersten Kapitalmarktförderungsgesetz* der Erfolg in der Richtung, den Kapitalmarkt zu normalisieren und wieder der Privatwirtschaft zu erschließen, versagt geblieben ist, so liegt das vorwiegend an der einseitigen Beanspruchung zugunsten des Staates unter Gewährung von Zinsvorteilen, die den Wettbewerb der privaten Wirtschaft bisher ausgeschlossen haben. Die Wirtschaft muß die Steuern aufbringen, und die Wirtschaft muß ihre Betriebe ausbauen und rationalisieren, um im In- und Ausland wettbewerbsfähig zu bleiben und die Arbeitsplätze zu sichern. Darum ist der Kapitalbedarf der Wirtschaft vordringlich; seine Befriedigung dient zugleich den Interessen des Staates.

Bei Anerkennung dieser Zusammenhänge und behutsamer Beanspruchung des noch nicht konsolidierten Marktes sollten die Aussichten, den Kapitalmarkt wieder funktionsfähig zu machen, durchaus nicht so schlecht sein, wie vielfach angenommen wird. Wenn von dem Sozialprodukt des Jahres 1952 in Höhe von 125 Mrd. DM rd. 30 Mrd. DM nicht konsumiert, sondern der Investition zugeführt wurden, so bedeutet das eine hohe Quote der *Kapitalbildung*. Bisher hat sich diese jedoch überwiegend bei den Unternehmen in Gestalt der Selbstfinanzierung und *über die öffentliche Hand* vollzogen, *nicht bei Privaten*. Neuerdings hat aber auch die individuelle Ersparnisbildung erkennbare Fortschritte gemacht. Im Jahre 1952 betrug der Zuwachs zu den Spareinlagen, allerdings entscheidend gefördert durch die steuerbegünstigten Anlagen, rd. 2,3 Mrd. DM gegen 0,9 Mrd. DM im Jahre 1951. Auch die Prämienaufkommen bei den Lebensversicherungen haben eine Größenordnung von rd. 1 Mrd. DM jährlich erreicht.

Auf der gleichen Grundlage, auf der sich diese Sparleistungen vollzogen haben, müßte auch eine kräftige Wiederbelebung des *Wertpapierabsatzes an Private* möglich sein, wenn die richtigen Wege eingeschlagen werden. Der Wegweiser dazu ist: *volle Wiederherstellung der Zins- und Kurswahrheit*. Nur über diese kann der Wertpapieranlage der unentbehrliche Liquiditätscharakter gegeben werden, der die herrschende Vorliebe für die

unmittelbar liquide Anlage in Geldguthaben zu überwinden vermag. Die Furcht vor Auswirkungen der Zins- und Kurswahrheit in Gestalt erhöhter Zinskosten für den Kapitalnehmer ist unbegründet. In der Gesamtentwicklung werden echte Preise in der Marktwirtschaft immer weiter führen als verfälschte. Außerdem ist im Zeichen des „grauen“ Wertpapiermarktes die erhöhte Belastung für den Kapitalnehmer schon jetzt vorhanden.

Für die *Banken als Mittler zwischen Geld- und Kapitalmarkt* würde die Wiederherstellung eines aufnahmefähigen Emissionsmarktes für Renten und Aktien die Möglichkeit bedeuten, sich ohne Sorge für die Vorfinanzierung von Investitionsvorhaben zur Verfügung zu stellen. Sie könnten sich dann immer wieder über den Emissionsmarkt von Krediten entlasten, die ihrer wirtschaftlichen Natur nach langfristig sind.

Der Kapitalmarkteng und der Stagnation auf dem Markt der privaten Emissionen entspricht die gedrückte Haltung der *Wertpapiermärkte*. Das Jahr 1951 wurde börsenmäßig durch eine Hebung des Kursniveaus gekennzeichnet, mit der die Unterbewertung der deutschen Aktie berichtigt wurde. Im Jahr 1952 folgte ein Rückschlag, der den Kursdurchschnitt von 462 an den Börsen des Bundesgebietes notierten Aktien von dem im Januar 1952 erreichten Höchststand von 141% des RM-Nominalwertes auf 107% Ende 1952 senkte. Die Rückgänge haben sich seither weiter fortgesetzt. Die Aktienkurse zahlreicher Gesellschaften, die ihre Aktionäre keineswegs ohne Dividende lassen, stehen unter pari und machen schon aus diesem Grunde jede Kapitalerhöhung unmöglich. Durch die steuerliche Doppelbelastung der Dividende wird die Aktie gegenüber der steuerbegünstigten Schuldverschreibung aufs stärkste benachteiligt. Solange hier nicht ausreichende Revisionen vorgenommen worden sind, ist jedes Bemühen, die Aktie wieder begehrt zu machen, sei es durch Beteiligungssparen, Investmentgesellschaften oder andere Konstruktionen, aber auch durch Reformmaßnahmen auf dem Gebiet des Aktienrechts, vergeblich. Was der Ausfall der Aktie als Finanzierungsinstrument für die Durchführung der gesamtwirtschaftlichen Investitionsaufgaben bedeutet, wird allein durch den Hinweis auf die Tatsache klar, daß rund die Hälfte aller Arbeitsplätze in der Industrie und fast die Gesamtheit der Arbeitsplätze in den Grundstoffindustrien auf Unternehmen entfallen, welche die Form der Aktiengesellschaft haben.

Neben der Neuordnung des Kapitalmarktes steht als vordringliche Aufgabe die wegen der Kriegsfolgen besonders notwendige Exportsteigerung. Im vergangenen Jahr wurde erstmalig ein Exportüberschuß erzielt. Dieser ist aber für den Ausgleich der Zahlungsbilanz unter Einschluß der Verpflichtungen aus dem Londoner Schuldenabkommen nicht ausreichend. Die jüngste Entwicklung hat erkennen lassen, daß auch im Außenhandel die Periode des stürmischen Wachstums beendet ist und es großer Anstrengungen bedürfen wird, um das Erreichte nicht nur zu behaupten, sondern noch auszubauen. Der Erfolg wird zu einem nicht geringen Teil auch von dem Verhalten der Außenhandelspartner, vornehmlich im Dollarraum, abhängen.

Die Bundesrepublik hat im Rahmen des Möglichen dazu beigetragen, auch in der *Außenhandelspolitik* dem liberalen Gedanken immer stärker zum Durchbruch zu verhelfen. Ein Land, das in so hohem Maße auf den zwischenstaatlichen Güter- und Dienstleistungsaustausch angewiesen ist wie die Bundesrepublik, hat alles Interesse daran, das

gemeinsame europäische Ziel, die *Konvertierbarkeit* der Währungen und damit die größtmögliche Bewegungsfreiheit zu erstreben. Die Wiedergewinnung dieser Freiheit wird aber kaum anders als stufenweise erfolgen können, und das Ziel wird von mehreren Seiten zugleich angegangen werden müssen. Es hat den Anschein, daß die stärker werdenden Bestrebungen, mindestens in Westeuropa zu einer *Liberalisierung* auch des *Devisenverkehrs* zu gelangen, bereits in diesem Jahr praktische Ergebnisse zeitigen werden.

II

Die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande *Nordrhein-Westfalen*, dem Arbeitsgebiet unserer Bank, wird in entscheidender Weise durch die Lage der *Grundstoffindustrien Kohle und Eisen* beeinflusst; sie waren im Jahre 1952 an den gesamten Industrieumsätzen des Landes in Höhe von 50 Mrd. DM mit fast 30% beteiligt. Das Schicksal der Montanindustrie ist seit dem Zusammenbruch von 1945 gekennzeichnet gewesen durch tiefgehende Eingriffe der Besatzungsmächte, insbesondere in Gestalt der sogenannten *Entflechtung*. Nach acht Jahren der Ungewißheit und aufreibender Auseinandersetzungen kann dieser Komplex im wesentlichen als abgeschlossen gelten. Es darf nicht übersehen werden, daß sich zwischen Anfang und Ende der Entflechtung die politische Lage völlig verändert hat. Wieweit die gefundenen Lösungen sich als konstruktiv erweisen und mit der Forderung nach Produktivitätssteigerung der deutschen Wirtschaft vereinbar sind, muß die Zukunft lehren. Durch die Entflechtung sind Unternehmen und Betriebe geschaffen worden, deren Größenordnung weit hinter vergleichbaren internationalen Maßstäben zurückbleibt. Aus der erzwungenen Auflösung alter verbundwirtschaftlicher Zusammenhänge ergeben sich Verlustquellen, welche die betroffenen Unternehmen noch vor schwierige Aufgaben stellen.

Einen weiteren wirtschaftspolitischen Gestaltungsfaktor von besonderer Bedeutung stellt die Errichtung der *Montanunion* dar. Das Bekenntnis zu einer europäischen Wirtschaft, deren erste Stufe der *gemeinsame Markt* von Kohle und Eisen sein soll, wird sich praktisch zunächst im rheinisch-westfälischen Wirtschaftsraum auswirken. Auf Grund der weitreichenden Hoheitsfunktionen der Hohen Behörde und der Ausweitung des Marktgebiets auf sechs Länder entsteht nunmehr für unsere Schlüsselindustrien eine völlig neue Lage. Die Schaffung des gemeinsamen Marktes kommt einer strukturellen Veränderung in Angebot und Nachfrage von Kohle und Stahl gleich, und der Übergang gewisser souveräner Befugnisse von westdeutschen Regierungsstellen auf ein internationales Gremium ändert auch die Grundlagen der Wirtschaftspolitik.

Dem ersten Schritt, der europäischen Konzeption praktisch näherzukommen, haften, wie es nicht anders sein kann, zahlreiche Mängel an. Über sie wird man hinwegsehen müssen, da der politische Erfolg zunächst alle Bedenken in den Hintergrund drängt. Je weiter sich aber die Tätigkeit der Montanunion entwickelt, desto dringender wird es,

vorhandene Unvollkommenheiten zu beseitigen. Dies mag verhältnismäßig leicht bei denjenigen Schwächen sein, die in der Konstruktion des Vertragswerkes und in der Politik der Hohen Behörde selbst liegen. Weit schwieriger zu beheben, aber auch viel schwerer wiegend sind die Störungen, die sich daraus ergeben, daß der Einbruch in die nationale Sphäre der europäischen Länder zunächst nur an *einer* Stelle vollzogen worden ist, während andere Bereiche in regionaler Abgeschlossenheit verharren. Dies gilt vor allem für den Währungsbereich. Die Koordination der Währungen erscheint auf die Dauer als eine unabdingbare Voraussetzung auch für die Lebensfähigkeit der Montanunion.

Im Lande *Nordrhein-Westfalen* verlief die Entwicklung der industriellen Erzeugung während des Geschäftsjahres in einer im Vergleich zu den Vorjahren ausgeglicheneren Kurve, wenn auch in den einzelnen Gruppen größere Unterschiede zu bemerken waren. Gegenüber einer sehr kräftigen Zunahme bei Eisen und Stahl unterlag das Wachstum in der gesamten Investitionsgüterindustrie mehrfachen Schwankungen und erreichte im Jahresergebnis eine Steigerung von 8%. Die Verbrauchsgüterindustrien erfuhren im ersten Halbjahr einen scharfen Rückschlag, der in der zweiten Jahreshälfte zum größten Teil wieder aufgeholt werden konnte.

Nach den Feststellungen des Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr erzielte von den bedeutendsten Industriegruppen des Landes der *Maschinenbau* mit fast 19% die größte Produktionserweiterung. Ihm folgte die *Eisen- und Stahlgewinnung* mit 17%, während in größeren Abständen die Industrie der *Eisen-, Stahl-, Blech- und Metallwaren*, die *chemische Industrie* und die *Textilindustrie* folgten; die letztere konnte ihre Vorjahrsproduktion nur zu 96% erreichen. Ein besonders eindrucksvolles Bild der gesamtwirtschaftlichen Leistung des Landes und seiner unternehmerischen Kräfte gibt die Tatsache wieder, daß neben den aus dem Inland zugewachsenen Kräften auch die große Zahl der Zugewanderten fast völlig eingegliedert werden konnte, indem rd. 220 000 *neue Arbeitsplätze* in Nordrhein-Westfalen geschaffen wurden.

III

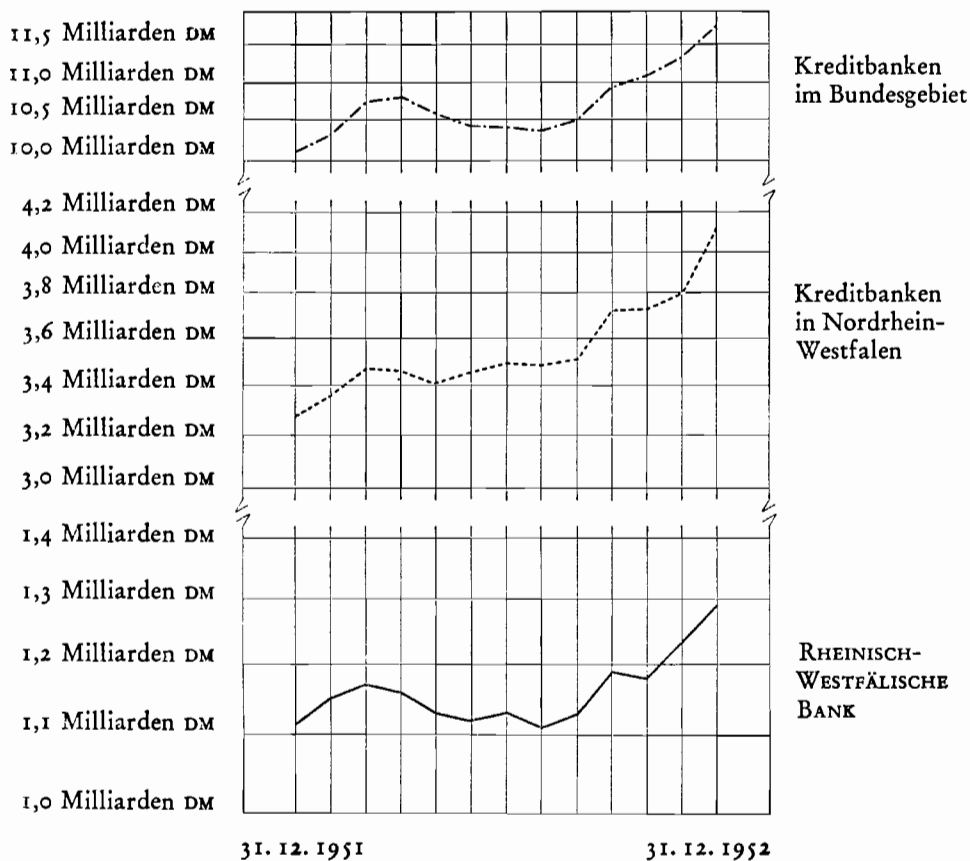
Aus dem Gesamtanstieg der Industrieproduktion, den vermehrten Umsätzen des Handels und einer lebhaften Tätigkeit des Baugewerbes ergab sich ein laufend wachsendes Kreditbedürfnis der Wirtschaft, das in der Entwicklung unseres Kreditgeschäfts seinen Niederschlag fand.

Die *Gesamtsumme der unserer Kundschaft zur Verfügung gestellten kurz- und mittelfristigen Kredite* betrug

am 31. 12. 1951	1 115 Millionen DM
am 31. 12. 1952	1 290 Millionen DM

Das Kreditvolumen der Bank hat somit im Verlauf des Geschäftsjahres eine Zunahme um rd. 16% erfahren.

Kurzfristige Kredite an Wirtschaft und Private



Die Gesamtkurve unserer Kreditbeanspruchung verlief, wie die graphische Darstellung zeigt, durchaus im Einklang mit derjenigen aller Kreditbanken des Landes und auch der Bundesrepublik. Im einzelnen stand einer etwa 10% betragenden Verminderung der *Akzeptkredite* ein Anstieg der *Barkredite* um 25% und der *Wechselkredite* um 13% gegenüber.

Die Aufteilung unseres Kreditvolumens auf die verschiedenen *Wirtschaftsgruppen* entspricht der Struktur unseres Arbeitsgebiets; am Ende des Geschäftsjahres waren von uns ausgeliehen

an Industrie, Gewerbe und Handwerk	69,3%
an Handel	27,3%
an Sonstige	3,4%
	100,0%

Bei den Industriekrediten bleibt der Anteil, der auf die Grundstoffindustrien *Kohle und Eisen* entfällt, hinter der Bedeutung zurück, welche diese Zweige im Rahmen der

Gesamtwirtschaft unseres Landes haben. Die Erklärung liegt in der Tatsache, daß der Kreditbedarf von Kohle und Eisen bisher, abgesehen von der Eigenfinanzierung, vornehmlich aus öffentlich-rechtlichen Quellen (ERP) sowie aus der sehr umstrittenen Investitionshilfe gedeckt worden ist. In dem Maße, wie diese Quellen versiegen, tauchen auch für die Banken neue Finanzierungsprobleme auf, deren Lösung wiederum entscheidend von der Gestaltung des Kapitalmarktes abhängt.

Ebenso wie das Inlandsgeschäft hat sich auch unser *Auslandsgeschäft* im Geschäftsjahr in aufsteigender Linie entwickelt. Im Vergleich zum Vorjahr war die Steigerung der Umsätze besonders auch auf dem Einfuhrgebiet bemerkenswert. In der bankmäßigen Abwicklung der Ausfuhr des Landes konnten wir eine führende Stellung behaupten.

Für eine stärkere Beschäftigung der Außenhandelsbanken war die Politik der BANK DEUTSCHER LÄNDER bestimmend, sich mehr und mehr aus der Abwicklung der einzelnen Auslandsgeschäfte auszuschalten. Die fortschreitende Anerkennung der DM im Zahlungsverkehr mit dem Ausland bewirkte eine Verlagerung der Umsätze auf die bei uns geführten *DM-Konten*, deren Zahl sich erneut erhöhte. Im Zusammenhang damit zeigten die Umsätze auf den von uns im Ausland unterhaltenen *Währungskonten*, die wir als Agenten der BANK DEUTSCHER LÄNDER führen, eine leicht rückläufige Entwicklung. Der erhebliche Rückgang der Nostroguthaben findet seine Erklärung darin, daß die deutschen Einführer in großem Umfang dazu übergegangen sind, die ihnen vom Ausland angebotenen Postlaufkredite in Anspruch zu nehmen. Dagegen ist der Rembourskredit erst in bescheidenem Rahmen in Erscheinung getreten. Es bleibt abzuwarten, welche Auswirkungen die erwartete Ratifizierung des Londoner Schuldenabkommens und des neuen Stillhalteabkommens haben wird. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Geschäfte, die auf Grund von Akkreditiven abgewickelt werden — insbesondere im Verkehr mit unseren Nachbarländern — nicht unwesentlich zurückgegangen ist und in zunehmendem Maße wieder auf der Basis „Kasse gegen Dokumente“ oder gegen Einräumung von offenen Zielen geliefert wird. Es prägt sich darin eine Zunahme des Vertrauens zwischen Käufer und Verkäufer aus, die einen erfreulichen Konsolidierungsvorgang auf dem Gebiet unseres auswärtigen Handels darstellt.

Die *Gesamtzahl* der in unserer Bank *Beschäftigten* betrug am Tage der Währungsreform 2248 und am Ende des Geschäftsjahres 5011; darunter befanden sich 1866 weibliche Betriebsangehörige und 317 Lehrlinge. In der Verdoppelung der Mitarbeiterzahl drückt sich die Vergrößerung unseres Geschäfts deutlich aus.

Die *Altersgliederung* unserer Mitarbeiterschaft am Ende des Jahres 1952 zeigt folgendes Bild:

	DEUTSCHE BANK 1938	
unter 20 Jahre alt	9,0 0/0	9,4 0/0
20 — 29 Jahre alt	34,4 0/0	17,6 0/0
30 — 39 Jahre alt	17,7 0/0	28,0 0/0
40 — 49 Jahre alt	17,4 0/0	27,0 0/0
50 — 59 Jahre alt	15,5 0/0	17,0 0/0
darüber	6,0 0/0	1,0 0/0
	<hr/> 100,0 0/0	<hr/> 100,0 0/0

Wie die Vergleichszahlen erkennen lassen, haben die seit der Währungsreform vorgenommenen Einstellungen in den Altersklassen bis zu 30 Jahren eine beträchtliche Verjüngung zur Folge gehabt. Dagegen weisen die Jahrgänge von 30—50 Jahren einen Rückgang ihres Anteils an der Gesamtzahl von 55 % im Jahre 1938 auf jetzt 35 % auf, worin die Verluste des Krieges ihren Ausdruck finden. Das Durchschnittsalter der männlichen Angestellten betrug 39,3, das der weiblichen 28,0 Jahre.

Im Verlauf des Jahres 1952 konnten

59 Mitarbeiter den Tag ihrer 25jährigen Zugehörigkeit,

25 Mitarbeiter den Tag ihrer 40jährigen Zugehörigkeit,

1 Mitarbeiter den Tag seiner 50jährigen Zugehörigkeit

zur Bank begehen.

Über die mannigfachen Einrichtungen und Aufwendungen, die der Berufsausbildung, Gesundheit und sozialen Fürsorge für unsere Mitarbeiterschaft dienen, berichtet der Vorstand alljährlich in einer GEMEINSCHAFTSSTUNDE, zu der Angehörige aller unserer Niederlassungen am Sitz der Hauptverwaltung vereinigt werden. Wir verweisen an dieser Stelle vor allem auf die Tatsache, daß ein großer Teil unserer Belegschaft an der Gewährung übertariflicher Leistungszulagen Anteil hat. Unter den sozialen Maßnahmen nimmt die Beschaffung von Hausrat und Wohnraum einen besonders breiten Raum ein. Wie in den Vorjahren wurden verlorene Baukostenzuschüsse und zinsverbilligte Hausratdarlehen gegeben, Wohnraumdarlehen gewährt und größere Beträge für die Erstellung von Wohnungen in bankeigenen Gebäuden und auf sonstigem Grundbesitz aufgewendet. Der Erhaltung der Gesundheit unserer Mitarbeiter und ihrer Familien dient die regelmäßig durchgeführte Kinderverschickung und Verschickung erholungsbedürftiger Angestellter.

Die Erträgnisse der im Dezember 1950 errichteten FRANZ URBIG- UND OSCAR SCHLITTER-STIFTUNG werden im besonderen für die Überbrückung von Notlagen und Gewährung von Erholungsbeihilfen verwendet.

Seit dem 1. 11. 1952 besteht bei der Bank eine eigene *Betriebskrankenkasse*, nachdem die überwiegende Mehrheit der Mitarbeiterschaft ihre Errichtung gebilligt hatte.

Die Bewältigung aller uns zufallenden Aufgaben hat im Berichtsjahr an unsere Angestelltenschaft große und zum Teil erhöhte Anforderungen gestellt. Wir nennen neben der Abwicklung der vermehrten Inlandsumsätze unserer Kundschaft besonders die Wertpapierbereinigung und die genaue Durchführung der zahllosen und zum Teil äußerst komplizierten Gesetze und Verordnungen, welche die Bank sowohl im Inlandsgeschäft wie vor allem bei der Abwicklung des Außenhandels und der Durchführung der Devisenbewirtschaftung zu beachten hat. Wir danken allen Mitarbeitern für die stets bereitwillige Erfüllung ihrer Pflichten.

IV

Die Eröffnungsbilanz zum 1. 1. 1952 wies eine Bilanzsumme von 1 549 080 544,52 DM auf. Die BILANZ zum 31. Dezember 1952 zeigt eine Erhöhung auf 1 848 169 242,53 DM, mithin um 19,3 %.

Auf den für unsere inländischen und ausländischen Kunden (ohne Bankenkundschaft) geführten Konten wurden im Berichtsjahre 79 968 204 000,- DM umgesetzt, außerdem auf Sparkonten 165 198 000,- DM und auf den Konten unserer inländischen und ausländischen Bankenkundschaft 26 159 435 000,- DM. Die Umsätze auf Nostro- und Verrechnungskonten sind hierin nicht mit enthalten. Insgesamt verbuchten wir über die Konten unserer Kundschaft an reinen Umsätzen 106 292 837 000,- DM gegen 93 248 546 000,- DM im Jahre 1951.

Während des ganzen Jahres waren wir auf eine ausreichende *Liquidität* bedacht. Am Jahresende standen unseren gesamten Verbindlichkeiten von 1 629 629 109,59 DM einschließlich 68 158 423,94 DM Geldern, die wir mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigung von vier Jahren und länger hereingenommen haben, Kassenbestände sowie Guthaben bei der Landeszentralbank und bei Postscheckämtern in Höhe von 190 230 729,01 DM gegenüber; somit betrug die Barliquidität 11,7 %. Nach Einbeziehung der Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben), der fälligen Zins- und Dividendenscheine, der Schecks, der bei der Landeszentralbank rediskontfähigen Wechsel, der Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie der bei der Landeszentralbank beleihbaren Wertpapiere erhöhen sich die leicht verwertbaren Aktiven auf 693 495 140,33 DM, so daß sich eine Gesamtliquidität von 42,6 % ergibt.

Gegenüber der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1952 weisen die Bilanzposten Kassenbestand, Landeszentralbankguthaben und Postscheckguthaben am 31. Dezember 1952 lediglich Veränderungen auf, wie sie sich aus dem täglichen Geschäftsablauf ergeben. Dagegen hängt der Rückgang der Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben) von 110 712 506,83 DM am 1. Januar 1952 auf 82 916 179,17 DM ausschließlich mit der Verringerung von Nostroguthaben in fremden Währungen zusammen, die auf die veränderte zahlungsmäßige Abwicklung von Importen zurückzuführen ist.

In unserem *Wechseldiskontgeschäft* fanden nicht nur die am 1. Januar 1952 vorhanden gewesen und zwischenzeitlich fällig gewordenen 55 025 225,- DM Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder Anlage, sondern auch rund 140 000 000,- DM neue Kundeneinlagen. Der Anteil der Wechsel sowie der Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen am Bilanzumfang stieg daher von 21,4 % am 1. Januar 1952 auf 25,5 % Ende 1952.

Der nach dem Niederstwertprinzip bewertete *Bestand an eigenen Wertpapieren* erhöhte sich von 23 338 590,24 DM am 1. Januar 1952 auf 31 689 302,89 DM. Der Zugang von rund 8 350 000,- DM betraf mit 2 260 000,- DM verzinsliche Wertpapiere und mit 6 090 000,- DM Dividendenwerte.

Die *Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand* stiegen von 136 983 401,72 DM am 1. Januar 1952 auf 137 319 614,46 DM am 31. Dezember 1952. Die Abweichung von 336 212,74 DM wird wie folgt nachgewiesen:

Zugänge

200 000,— DM angekaufte Ausgleichsforderungen
456 491,62 DM nachträglich in unsere DM-Umstellungsrechnung übernommene Verbindlichkeiten der DEUTSCHEN BANK Berlin
278 414,54 DM im Jahre 1952 umgestellte Reichsmark-Guthaben
10 000,— DM Erfüllung von Reichsmark-Akzeptverbindlichkeiten
179 071,55 DM Veränderungen der am 21. Juni 1948 gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen

I 123 977,71 DM

Abgänge

40 584,21 DM uns auf Grund der Umstellungsverordnungen seitens der Landeszentralbank überwiesene Erstausrüstung
607 618,04 DM nachträglich in unsere DM-Umstellungsrechnung übernommene Forderungen der DEUTSCHEN BANK Berlin
129 676,22 DM Tilgung der Sonder-Ausgleichsforderung für Umstellungs- und Prüfungskosten durch die BANK DEUTSCHER LÄNDER
9 886,50 DM verschiedene Posten

787 764,97 DM

Die Ausgleichsforderungen stellen in der bisherigen Form eine unerfreuliche Folgeerscheinung der Währungsreform dar. Sie werden bekanntlich mit nur 3% verzinnt und sind nach gesetzlicher Vorschrift mit 100% zu bewerten.

Infolge Übernahme einiger größerer Geschäfte erhöhten sich die *Konsortialbeteiligungen* von 1 820 545,48 DM am 1. Januar 1952 auf 7 172 103,50 DM.

Die *Ausleihungen im kurz- und mittelfristigen Kreditgeschäft* (ohne Wechseldiskontgeschäft) haben von 597 460 223,88 DM am Anfang des Berichtsjahres auf 721 254 864,06 DM = 20,7% zugenommen. Ihr Anteil an der Bilanzsumme ist mit 39,0% am 31. Dezember 1952 gegen 38,6% am 1. Januar 1952 nahezu unverändert geblieben.

Eine verhältnismäßig hohe Zunahme zeigen die *langfristigen Ausleihungen*; sie sind von 55 784 709,68 DM am 1. Januar 1952 auf 95 801 983,86 DM am Ende des Berichtsjahres angestiegen. Ein Teil entfällt auf Durchleitungskredite der KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU, die zu den Bedingungen dieser Anstalt zur Finanzierung langfristiger Industrieinvestitionen gegeben worden sind.

Auch die *durchlaufenden Kredite*, die wir nur treuhänderisch im Auftrage der mit der Hergabe betrauten Institute verwalten, dienen der Finanzierung langfristigen Bedarfs zur Errichtung oder Erweiterung produktionsfördernder Anlagen. Diese Kredite beliefen sich am 31. Dezember 1952 auf 45 773 775,71 DM gegenüber 33 059 103,89 DM am 1. Januar 1952.

Unsere *Beteiligungen*, die mit 7 302 493,— DM in der Bilanz ausgewiesen werden, umfassen an größeren Posten:

a) Kreditinstitute

AUSFUHRKREDIT-AKTIENGESELLSCHAFT, Frankfurt (Main)
BANKHAUS J. WICHELHAUS P. SOHN A.G., Wuppertal-Elberfeld
BERLINER DISCONTO BANK AKTIENGESELLSCHAFT, Berlin

GEFA GESELLSCHAFT FÜR ABSATZFINANZIERUNG MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG,
Wuppertal-Elberfeld

b) sonstige Unternehmungen

MATURA VERMÖGENSVERWALTUNG MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG, Düsseldorf

TRINITAS VERMÖGENSVERWALTUNG GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG,
Düsseldorf.

Die AUSFUHRKREDIT-AKTIENGESELLSCHAFT befaßt sich satzungsgemäß mit der Finanzierung von Exportkrediten. Das BANKHAUS J. WICHELHAUS P. SOHN A.G. und die GEFA GESELLSCHAFT FÜR ABSATZFINANZIERUNG MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG haben sich weiterhin günstig entwickelt. Sie sind in der Lage, neben einer angemessenen Gewinnausschüttung eine Erhöhung ihrer Rücklagen vorzunehmen. Die BERLINER DISCONTO BANK AKTIENGESELLSCHAFT hat ihren Geschäftsbereich auch im abgelaufenen Jahr erweitert, sieht aber von der Verteilung einer Dividende ab, um den erzielten Gewinn den Rücklagen zuzuführen.

Die MATURA und die TRINITAS stehen uns für Treuhand- und Vermögensverwaltungsgeschäfte zur Verfügung. Bei der MATURA VERMÖGENSVERWALTUNG MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG ist Anfang 1953 eine Kapitalerhöhung von 50 000,- DM auf 300 000,- DM vorgenommen worden.

Der Bilanzposten *Grundstücke und Gebäude* weist eine Erhöhung von 26 650 000,- DM in der Eröffnungsbilanz auf 32 946 700,- DM auf, weil die Wiederherstellung kriegszerstörter Gebäude und die durch die Vergrößerung unseres Geschäfts bedingte Erweiterung zahlreicher Betriebsstätten erhebliche Mittel erforderten.

Auf die in unserer Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1952 aus steuerlichen Gründen mit 8 600 000,- DM ausgewiesene *Betriebs- und Geschäftsausstattung* haben wir 1 100 000,- DM abgeschrieben, so daß sie jetzt noch mit 7 500 000,- DM zu Buche steht. Neuaufwendungen in 1952 für Möbel, Büromaschinen und andere Einrichtungsgegenstände sind abebucht worden.

Die sonstigen Aktiva umfassen hauptsächlich unseren Beitrag an die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft und Verrechnungsposten mit der DEUTSCHEN BANK Berlin, Verwaltungssitz Düsseldorf.

Bei den *Einlagen* (ohne Spareinlagen) ist im Berichtsjahre eine Steigerung von 1 125 677 231,11 DM auf 1 346 420 288,72 DM, mithin um 19,6% eingetreten. Im einzelnen erhöhten sich die *Sichteinlagen* von 785 199 685,22 DM auf 805 529 896,46 DM = 2,6%; dagegen wuchsen die *befristeten Einlagen* von 340 477 545,89 DM auf 540 890 392,26 DM, mithin um 58,9%. Es hat also bei den Gesamteinlagen eine sehr starke Verlagerung zum Fest- und Termingeld stattgefunden, die einer Verteuerung der Einstandskosten der fremden Mittel gleichkommt.

Eine beträchtliche Erhöhung um 54,6% weisen auch die *Spareinlagen* auf, die von 88 652 348,69 DM Anfang Januar 1952 auf 137 087 730,62 DM anstiegen. Im einzelnen nahmen die Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist um 16 580 473,08 DM oder 46,2% und die Spareinlagen mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist, bei denen die steuerbegünstigten Spareinlagen überwiegen, um 31 854 908,85 DM oder 60,3% zu.

Die *aufgenommenen Gelder* (Nostroverpflichtungen) von 63 148 796,64 DM gegen 69 352 521,82 DM am Jahresanfang umfassen hauptsächlich der Stillhaltung unterliegende Währungsverbindlichkeiten. Die Verringerung beruht auf der Rückzahlung von Stillhalteverpflichtungen in Sperrmark durch unsere Kundschaft.

Unsere *Akzeptverbindlichkeiten* betragen 97 869 522,70 DM; da sich von den Akzepten 83 055 653,03 DM in unserem Besitz befinden, verbleibt für die Bilanz eine Akzeptverpflichtung von lediglich 14 813 869,67 DM. Solawechsel sind von uns nicht ausgestellt worden.

In den aufgenommenen *langfristigen Darlehen* (mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigung von 4 Jahren und mehr), die 68 158 423,94 DM gegen 51 563 365,50 DM in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1952 betragen, sind die Gegenposten der unter den langfristigen Ausleihungen ausgewiesenen Durchleitungskredite der KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU mit enthalten.

Die als Treuhandgeschäfte anzusehenden *durchlaufenden Kredite* werden mit 45 773 775,71 DM in gleicher Höhe wie auf der Aktivseite ausgewiesen.

Das *Grundkapital* ist mit 40 000 000,- DM unverändert geblieben, ebenso die *Gesetzliche Reserve* mit 10 000 000,- DM. Dagegen haben wir den auf Grund des Beschlusses der Finanzministerkonferenz frei werdenden Teil der früher gebildeten Sammelwertberichtigung aufgerundet aus versteuerten Gewinnen mit 13 800 000,- DM der *Freien Sonderreserve* zugeführt, die damit auf 20 000 000,- DM ansteigt.

Unsere eigenen Mittel betragen nunmehr

Grundkapital	40 000 000,- DM
Gesetzliche Reserve	10 000 000,- DM
Freie Sonderreserve	20 000 000,- DM
zusammen	<u>70 000 000,- DM</u>

Die *Pensionsrückstellung*, die im Vergleich zum 1. Januar 1952 eine Erhöhung um 3 146 839,03 DM auf 30 010 708,17 DM aufweist, deckt nach versicherungsmathematischen Berechnungen den Gegenwartswert der Anwartschaften und der seit dem 1. Januar 1952 neu gewährten Ruhegehälter. Die von den ausgegründeten Banken — außer uns die NORDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT und die SÜDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT — nach dem mit der DEUTSCHEN BANK geschlossenen Ausgründungsvertrag zu übernehmenden Pensionen sind versicherungsmathematisch nicht ganz zur Hälfte durch Rückstellungen gedeckt. Eine Erhöhung dieses Teiles der Pensionsrückstellung ist nicht beabsichtigt, weil die dafür benötigten Beträge dem versteuerten Gewinn entnommen werden müßten.

Die *sonstigen Rückstellungen* belaufen sich auf 56 360 177,87 DM gegen 49 825 822,93 DM in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1952 und umfassen außer Steuerrückstellungen noch solche Rückstellungen, denen keine entsprechenden Aktiva gegenüberstehen oder die aus steuerlichen Gründen nicht aufrechenbar sind.

Unter den sonstigen Passiva erscheinen lediglich einige Verrechnungsposten, die sich ebenso wie die Steuerrückstellungen ausgleichen werden, sobald die zur Zeit schwebende Steuerfrage der früheren Großbanken geregelt ist.

Entsprechend der Erhöhung unseres Kreditgeschäfts stiegen auch die Verbindlichkeiten aus *Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften* sowie aus Gewährleistungsverträgen von 244 820 288,31 DM am 1. Januar 1952 auf 281 126 327,57 DM an.

Die *Indossamentsverbindlichkeiten* aus weitergegebenen Wechseln beziffern sich auf 196 171 875,13 DM gegenüber 309 761 861,16 DM in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1952.

Einzahlungsverpflichtungen auf noch nicht voll gezahlte Aktien und GmbH-Anteile bestanden Ende 1952 in Höhe von 1 839 000,- DM.

In unserer GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG weisen wir 32 262 564,64 DM Personalaufwendungen aus. Die in diesem Bericht bereits erwähnte Erhöhung des Personalstandes auf 5011 (am 1. Januar 1952: 4601) ergab sich entscheidend aus der Vergrößerung des Geschäftsumfanges. Das Niederlassungsnetz der Bank wurde durch Errichtung einer Filiale in Dorsten und von vier Depositenkassen und Zahlstellen erweitert.

Ausgaben für soziale Zwecke, Wohlfahrtseinrichtungen und Pensionen erforderten 6 443 479,- DM, für sonstige Handlungskosten 11 449 283,59 DM und für Steuern und Abgaben 34 422 386,02 DM, zu deren Deckung 42 862 199,49 DM Zinsen und Diskont und 44 203 513,76 DM Provisionen und Gebühren beansprucht werden.

Alle übrigen Einnahmen wurden zu Abschreibungen und Rücklagen benutzt.

In den Ausgaben sind die Gesamtbezüge des Vorstandes im Jahre 1952 mit 225 300,- DM enthalten. Dem Aufsichtsrat stehen auf Grund unserer Satzung an festen Bezügen 24 000,- DM sowie ein Gewinnanteil von 64 000,- DM zu, die dem mit 2 488 000,- DM ausgewiesenen Gewinn zu entnehmen sind.

Wir schlagen vor, die alsdann verbleibenden 2 400 000,- DM als

Dividende von 6% auf 40 000 000,- DM Grundkapital auszuschütten.

DÜSSELDORF, im April 1953

DER VORSTAND

Janberg Plassmann Rath Rösler

Gröning

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Der Aufsichtsrat hat in mehreren Sitzungen und außerdem fortlaufend durch einen Arbeitsausschuß die ihm obliegenden Aufgaben wahrgenommen und die ihm erstatteten Berichte des Vorstandes über die Geschäftslage im allgemeinen sowie über wichtigere Geschäftsvorfälle erörtert.

Der vorliegende Jahresabschluß und Geschäftsbericht sind von der durch die Hauptversammlung als Abschlußprüferin gewählten TREUVERKEHR WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT, Bielefeld, geprüft und mit den ordnungsmäßig geführten Büchern und den gesetzlichen Vorschriften übereinstimmend befunden worden.

Mit dem vorstehenden Bericht des Vorstandes und der vorgeschlagenen Gewinnverteilung erklärt sich der Aufsichtsrat einverstanden.

DÜSSELDORF, im April 1953

DER AUFSICHTSRAT

F. Wintermantel

Vorsitzer

AKTIVA

RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BANK ANTIENGESELLSCHAFT

	DM	DM
Kassenbestand		18 320 497,58
Landeszentralbankguthaben		165 108 414,87
Postscheckguthaben		6 801 816,56
Guthaben bei Kreditinstituten (Nostrouguthaben)		
a) täglich fällig	49 428 166,41	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 3 Monaten	29 488 012,76	
c) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr	4 000 000,—	82 916 179,17
Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine ..		475 638,62
Schecks		8 736 732,46
Wechsel		471 008 187,31
darunter:		
a) zentralbankfähige Wechsel	DM 407 870 781,39	
b) eigene Ziehungen	DM 11 681 857,49	
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder		1 195 611,11
Wertpapiere		
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	393 635,41	
b) sonstige verzinsliche Wertpapiere	2 985 180,23	
c) börsengängige Dividendenwerte	24 965 299,30	
d) sonstige Wertpapiere	3 345 187,95	31 689 302,89
darunter: beleihbar bei einer Landeszentralbank	DM 2 069 468,57	
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand		137 319 614,46
Konsortialbeteiligungen		7 172 103,50
Debitoren		
a) Kreditinstitute	38 474 445,43	
b) sonstige	682 780 418,63	721 254 864,06
Langfristige Ausleihungen		
a) gegen Grundpfandrechte	476 822,44	
b) gegen Kommunaldeckung	—	
c) sonstige	95 325 161,42	95 801 983,86
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)		45 773 775,71
Beteiligungen		7 302 493,—
darunter: an Kreditinstituten	DM 7 151 992,—	
Grundstücke und Gebäude		
a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende	30 633 000,—	
b) sonstige	2 313 700,—	32 946 700,—
Betriebs- und Geschäftsausstattung		7 500 000,—
Sonstige Aktiva		3 469 471,21
Rechnungsabgrenzungsposten		3 375 856,16
SUMME DER AKTIVA		1 848 169 242,53

In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten sind enthalten:

a) Forderungen an Konzernunternehmen	36 394 360,72
b) Forderungen an Mitglieder des Vorstandes und an andere im § 14 Abs. 1 u. 3 KWG genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Mitglied unseres Aufsichtsrats Inhaber oder persönlich haftender Gesellschafter ist	47 998 279,24

BILANZ zum 31. Dezember 1952

PASSIVA

	DM	DM	DM
Einlagen			
a) Sichteinlagen von			
aa) Kreditinstituten	105 929 388,61		
bb) sonstigen Einlegern	699 600 507,85	805 529 896,46	
b) Befristete Einlagen von			
aa) Kreditinstituten	98 066 386,74		
bb) sonstigen Einlegern	442 824 005,52	540 890 392,26	
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr	DM 354 908 638,98		
c) Spareinlagen			
aa) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	52 442 901,70		
bb) mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist	84 644 828,92	137 087 730,62	1 483 508 019,34
Aufgenommene Gelder (Nostroverpflichtungen)			63 148 796,64
darunter:			
a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr	DM 2 185 140,80		
b) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite	DM 45 356 493,30		
Eigene Akzepte und Solawechsel		97 869 522,70	
abzüglich eigener Bestand		83 055 653,03	14 813 869,67
Aufgenommene langfristige Darlehen			
a) gegen Grundpfandrechte		—	
b) sonstige		68 158 423,94	68 158 423,94
Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)			45 773 775,71
Grundkapital			40 000 000,—
Rücklagen nach § 11 KWG			
a) Gesetzliche Reserve		10 000 000,—	
b) Freie Sonderreserve		20 000 000,—	30 000 000,—
Pensionsrückstellung			30 010 708,17
Rückstellungen (einschließlich Steuerrückstellungen)			56 360 177,87
Sonstige Passiva			7 894 372,61
FRANZ URBIG- UND OSCAR SCHLITTER-STIFTUNG			
Stiftungsvermögen		537 971,88	
abzüglich Effektenanlage		490 000,—	47 971,88
Rechnungsabgrenzungsposten			5 965 126,70
Reingewinn			2 488 000,—
SUMME DER PASSIVA			1 848 169 242,53

Eigene Ziehungen im Umlauf	6 343,70
darunter: den Kreditnehmern abgerechnet DM 6 343,70	
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen	281 126 327,57
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	196 171 875,13
In den Passiven sind enthalten:	
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen (einschließlich Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten)	1 369 467,12

AUFWENDUNGEN

GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG

	DM
Personalaufwendungen	32 262 564,64
Ausgaben für soziale Zwecke, Wohlfahrtseinrichtungen und Pensionen	6 443 479,—
Sonstige Handlungskosten	11 449 283,59
Steuern und ähnliche Abgaben	34 422 386,02
Reingewinn	2 488 000,—
	DM 87 065 713,25

für das Jahr 1952

ERTRÄGE

	DM
Zinsen und Diskont	42 862 199,49
Provisionen und Gebühren	44 203 513,76
	DM 87 065 713,25

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften.

Etwaige zur Zeit noch nicht feststellbare Vermögensveränderungen, die sich für die RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT als Nachfolgeinstitut der DEUTSCHEN BANK ergeben sollten, konnten bei unserer Prüfung nicht berücksichtigt werden.

DÜSSELDORF, im April 1953

RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

Janberg Plassmann Rath Rösler

Gröning

BIELEFELD/DÜSSELDORF, den 20. April 1953

TREUVERKEHR WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT

Dr Möhle

Dr Dr Red

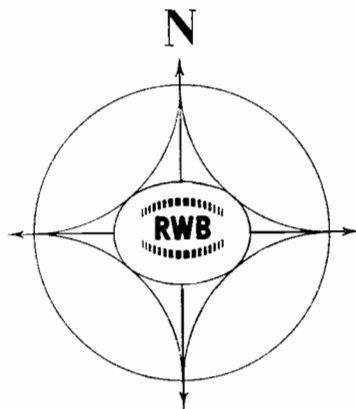
Wirtschaftsprüfer

Wirtschaftsprüfer

VERZEICHNIS der Geschäftsstellen

Hauptverwaltung: DÜSSELDORF, Königsallee 45/47

AACHEN <i>Friedrich-Wilhelm-Platz 15</i>	DUISBURG-RUHRORT <i>Hafenstraße 27/29</i>	KÖLN <i>Anden Dominikanern 15-27</i> Depositenkassen: <i>Dürener Straße 230</i> <i>Hohenzollernring 14</i> <i>Luxemburger Straße 242</i> <i>Neußer Straße 253-255</i> <i>Robertstraße 5</i> <i>Sechtemer Straße 2</i> <i>Ubierring 1</i> <i>Venloer Straße 352</i> Zahlstelle: <i>Flughafen Wahn</i>	PADERBORN <i>Bahnhofstraße 1</i>
ALTENA (Westfalen) <i>Kirchstraße 9</i>	EMMERICH <i>Steinstraße 27</i>	KÖLN-MÜLHEIM <i>Adamsstraße 52-56</i>	RATINGEN <i>Düsseldorfer Straße 23</i>
BAD GODESBERG <i>Moltkestraße 58</i>	ENNEPETAL-MILSPE (Westf.) <i>Voerder Straße 7</i>	KREFELD <i>Ostwall 131-133</i>	RECKLINGHAUSEN <i>Königswall 24</i>
BAD OEYNHAUSEN <i>Mindener Straße 39c</i>	ESSEN <i>Lindenallee 29-41</i> Depositenkassen: <i>Altenessener Straße 388</i> <i>Borbecker Straße 122</i> <i>Zweigertstraße 1</i> Zahlstelle: <i>Stoppenberger Straße 64</i> <i>(Städtischer Schlachthof 1)</i>	KREFELD-UERDINGEN <i>Niederstraße 81</i>	REMSCHIED <i>Blumenstraße 33</i>
BAD SALZUFLEN <i>Osterstraße 45</i>	GLADBECK (Westfalen) <i>Horster Straße 10</i>	LEVERKUSEN-WIESDORF <i>Kölner Straße 86</i>	REMSCHIED-LENNEP <i>Kölner Straße 36</i>
BERGISCH GLADBACH <i>Hauptstraße 177</i>	GOCH <i>Bahnhofstraße 10</i>	LIPPSTADT <i>Bahnhofstraße 30</i>	RHEINE (Westfalen) <i>Neuenkirchener Straße 10</i>
BEUEL <i>Friedrichstraße 64</i>	GREVENBROICH (Niederrh.) <i>Bahnstraße 49</i>	LÜDENSCHIED <i>Altenaer Straße 14</i>	RHEYDT <i>Odenkirchener Straße 43</i>
BIELEFELD <i>Herforder Straße 23</i>	GRONAU (Westfalen) <i>Wilhelmstraße 11</i>	MENDEN (Sauerland) <i>Unnaer Straße 6</i>	SCHWELM <i>Schulstraße 37</i>
BOCHUM <i>Husemannplatz 5a</i>	GÜTERSLOH <i>Kökerstraße 24</i>	METTAMANN <i>Job.-Flintrop-Straße 12</i>	SIEGEN <i>Koblenzer Straße 7</i>
BONN <i>Kaiserplatz 9</i>	GUMMERSBACH <i>Hindenburgstraße 20</i>	MINDEN (Westfalen) <i>Gr. Domhof 3</i>	SOEST <i>Markt 14</i>
BOTTROP <i>Osterfelder Straße 17</i>	HAGEN (Westfalen) <i>Bahnhofstraße 49/51</i>	M. GLADBACH <i>Bismarckplatz 1-3</i>	SOLINGEN <i>Hauptstraße 214</i>
DETMOLD <i>Bismarckstraße 3</i>	HAMM (Westfalen) <i>Bahnhofstraße 5</i>	MOERS <i>Homberger Straße 80</i>	SOLINGEN-OHLIGS <i>Bahnstraße 8-10</i>
DORSTEN <i>Essener Straße 12</i>	HATTINGEN (Ruhr) <i>Bismarckstraße 1</i>	MÜLHEIM (Ruhr) <i>Wallstraße 6</i>	SOLINGEN-WALD <i>Deutzerhofstraße 3</i>
DORTMUND <i>Betenstraße 11</i> Depositenkasse: <i>Heiligerweg 60</i> <i>(Großmarkt)</i>	HEMER (Kreis Iserlohn) <i>Hauptstraße 110</i>	MÜNSTER (Westfalen) <i>Alter Fischmarkt 13-15</i>	STOLBERG (Rheinland) <i>Rathausstraße 16a</i>
DÜREN <i>Schenkelstraße 14</i>	HERFORD <i>Schillerstraße 9</i>	NEHEIM-HÜSTEN <i>Lange Wende 8a</i>	VELBERT (Rheinland) <i>Nedderstraße 15</i>
DÜSSELDORF <i>Königsallee 45/47</i> Depositenkassen: <i>Am Barbarossa-Platz</i> <i>Brehmstraße 1</i> <i>Brunnenstraße 2</i> <i>Collenbachstraße 2</i> <i>Jacobistraße 1</i>	HERNE <i>Heinrichstraße 9</i>	NEUSS <i>Hafenstraße 2</i>	VIERSEN <i>Poststraße 5</i>
DÜSSELDORF-BENRATH <i>Hauptstraße 4</i>	HOHENLIMBURG <i>Herrenstraße 16</i>	OBERHAUSEN (Rheinland) <i>Helmholtzstraße 37</i>	WITTEN <i>Wideystraße 9</i>
DUISBURG <i>Königstraße 11</i>	ISERLOHN <i>Hagener Straße 2</i>	OBERHAUSEN-STERKRADE <i>Steinbrinkstraße 220</i>	WUPPERTAL-BARMEN <i>Neuer Weg 604/6</i>
DUISBURG-HAMBORN <i>Weseler Straße 1a</i>	KLEVE <i>Herzogstraße 32</i>	OLPE <i>Martinstraße 2</i>	WUPPERTAL-CRONENBERG <i>Rathausstraße 6</i>
DUISBURG-MEIDERICH <i>von-der-Mark-Straße 57</i>		OPLADEN <i>Birkenbergstraße 6</i>	WUPPERTAL-ELBERFELD <i>Friedr.-Ebert-Straße 1-11</i> Zahlstelle: <i>Viehnhofstraße 121</i>
			WUPPERTAL-RONSDORF <i>Erbschlöer Straße 10</i>
			WUPPERTAL-VOHWINKEL <i>Kaiserstraße 2a</i>
			WYLER



SÜDDEUTSCHE BANK

AKTIENGESELLSCHAFT



GESCHÄFTSBERICHT *für das Jahr 1952*

TAGESORDNUNG

*für die am Sonnabend, dem 30. Mai 1953, 11 Uhr,
im großen Sitzungssaal der Industrie- und Handelskammer,
München, Maximiliansplatz 8, 2. Stock, stattfindende*

ORDENTLICHE HAUPTVERSAMMLUNG

I

Vorlegung des Jahresabschlusses und Geschäftsberichtes für das Jahr 1952
mit dem Bericht des Aufsichtsrats

2

Feststellung des Jahresabschlusses und Beschlußfassung
über die Verwendung des Reingewinns

3

Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats
für die Zeit bis zum 31. 12. 1952

4

Festsetzung der Vergütung für den ersten Aufsichtsrat
für die Zeit bis zum 31. 12. 1952

5

Änderung der Satzung durch Hinzufügung eines Absatzes 4 zu § 4:
„Die Gesellschaft ist auch berechtigt, einen freiwilligen
Umtausch von Aktien über 100 DM in solche über 1 000 DM
durchzuführen und entsprechend dem Ergebnis des Umtausches
den vorstehenden Absatz 2 zu ändern.“

6

Wahlen zum Aufsichtsrat

7

Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1953

8

Verschiedenes

AUFSICHTSRAT

DR. DR.-ING. E. H. DR. H. C. OTTO SEELING, Fürth (Bayern), *Vorsitzer*

DR. H. C. RICHARD MERTON, Frankfurt (Main), *stellvertretender Vorsitzter*

HANS RUMMEL, Stuttgart, *stellvertretender Vorsitzter*

CONRAD BAREISS, Salach (Württemberg)

RICHARD FREUDENBERG, Weinheim (Bergstraße)

JULIUS GRAF JR., Oberdorf bei Immenstadt *

RICHARD GÜTERMANN, Gutach (Breisgau)

DR. KARL RITTER VON HALT, München

DR. ADOLF LOHSE, München

KARL SCHIRNER, Freiburg (Breisgau)

MAX H. SCHMID, Wiesbaden

HEINRICH WAGNER, Stuttgart-Untertürkheim **

PROFESSOR DR. CARL WURSTER, Ludwigshafen (Rhein)

als Vertreter des Betriebsrats:

HEINRICH BRAUN, Frankfurt (Main)

LUDWIG STIFTER, München

VORSTAND

HERMANN J. ABS

DR. ROBERT FROWEIN

DR. WALTER TRON

* am 27. 12. 1952 verstorben ** am 15. 1. 1953 verstorben

DIREKTOREN DER GESAMTBANK MIT GENERALVOLLMACHT

PHILIPP FRANK, Mannheim · DR. TRUDBERT RIESTERER, Stuttgart

DIREKTOREN DER ZENTRALE

FRITZ BAGHORN, München	GERHARD POLFERS, München
DR. PAUL KREBS, Frankfurt (Main)	DR. WALTER SCHMIDT, Frankfurt (Main)
LOUIS MAY, Frankfurt (Main)	MAX WALTHER, München
DR. OTTO PIRKHAM, Frankfurt (Main)	

DIREKTOREN DER HAUPTFILIALEN

<i>Badisch-Pfälzischer Bezirk</i>	HEINZ CAMMANN, Mannheim DR. HANS FEITH, Mannheim PHILIPP FRANK, Mannheim
<i>Bayerischer Bezirk</i>	FELIX BASSERMANN, München JOSEPH COMPÈRE, München HEINZ OSTERWIND, München VIKTOR ULBRICH, Nürnberg/München
<i>Hessischer Bezirk</i>	HERMANN KOENIGS, Frankfurt (Main) HERMANN KÜBEL, Frankfurt (Main) DR. LUDWIG SCHROEDER, Frankfurt (Main)
<i>Oberbadischer Bezirk</i>	DR. KARL BUTSCH, Freiburg (Breisgau) DR. GERHARD RÖMER, Freiburg (Breisgau)
<i>Rhein-Mosel-Bezirk</i>	HEINZ KLEIN, Mainz ERICH PUDOR, Mainz OTTO SUDERLAND, Mainz
<i>Württembergischer Bezirk</i>	DR. TRUDBERT RIESTERER, Stuttgart ALFRED ROSEWICK, Stuttgart

GESCHÄFTSBERICHT DES VORSTANDES

Die SÜDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT legt hiermit ihren Aktionären und Geschäftsfreunden ihren ersten Geschäftsbericht vor. Obwohl die Bank erst am 27. 9. 1952 ins Leben getreten ist, umfaßt das *erste Geschäftsjahr* das gesamte Kalenderjahr, da nach den Bestimmungen des *Gesetzes über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten vom 29. 3. 1952* (Großbanken-Gesetz) die *außerordentliche Hauptversammlung* der DEUTSCHEN BANK in Berlin am 25. 9. 1952 beschloß, den ausgegründeten Banken die Geschäfte der in den Westzonen belegenen Niederlassungen mit Wirkung vom 1. 1. 1952 zu übertragen. Die SÜDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT ist als Nachfolge-Institut der DEUTSCHEN BANK für den Bereich der Länder *Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz* ausgegründet worden. Als solche hat sie die gesamten Geschäfte der Institute übernommen, die unter den Firmennamen BAYERISCHE CREDITBANK, HESSISCHE BANK, OBERRHEINISCHE BANK, RHEINISCHE KREDITBANK, SÜDWESTBANK und WÜRTTEMBERGISCHE VEREINSBANK die Geschäfte der DEUTSCHEN BANK in den vorgenannten Ländern betrieben hatten.

In den an die Währungsreform von 1948 anschließenden Jahren hatte sich nach der Katastrophe von 1945 der Wiederaufbau der Wirtschaft auf der wiedergewonnenen Grundlage einer festen Währung in stürmischem Tempo vollzogen. Diese erste Periode der Wiederherstellung zerstörter Produktionsanlagen und -einrichtungen in allen Bereichen der Volkswirtschaft und des schnellen Anstiegs der gewerblichen Erzeugung auf allen Gebieten wurde im Jahre 1952 von einer *Verlangsamung des Zuwachstempos* abgelöst. Wir können auch die weitere Entwicklung nicht mit dem Maßstab des steilen Aufschwungs vergangener Jahre messen, müssen vielmehr in Zukunft mit normaleren Wachstumsraten rechnen. Im Jahre 1952 betrug der Anstieg der Industrieproduktion 7,2 %.

Die Fortschritte der hinter uns liegenden Jahre wären nicht erreicht worden ohne eine Wirtschaftspolitik, die entschlossen den Unternehmer von den Fesseln einer als falsch erkannten Wirtschaftslenkung befreit hat und deren oberstes Prinzip die weitgehende Wiederherstellung einer auf den Gesetzen von Angebot und Nachfrage aufgebauten privaten *Wettbewerbswirtschaft* ist. Die Erfolge wären noch größer gewesen, wenn im

Gefüge der Wirtschaft nicht noch mannigfache Verzerrungen und Einschränkungen des Wettbewerbs bestünden. Hinzu kommen die Folgen eines für die Wirtschaft auf die Dauer verheerend wirkenden Steuersystems. Dieses trägt auch — neben den hohen Anforderungen des Wiederaufbaus an die Selbstfinanzierung der Betriebe — vornehmlich Schuld daran, daß die aus der Währungsreform herrührenden Verluste an Betriebskapital noch nicht stärker wieder ausgeglichen werden konnten. Die Folge ist, daß nach wie vor kein Gleichgewicht besteht zwischen der Produktions- und Güterseite und der Geld- und Kapitaleite unserer Wirtschaft. Diese hat noch längst nicht in dem Maße an Kraft und Kapazität gewonnen wie die Produktionsseite. In einer sehr großen Zahl von Unternehmen besteht ein Mißverhältnis zwischen der Vergrößerung des Produktionsapparates und seiner Leistungen auf der einen, der kapitalmäßigen Anreicherung auf der anderen Seite. So mußten auch vielfach bei schmaler Kapitalgrundlage ungewöhnlich hohe Kredite gegeben werden. Die erste Voraussetzung für eine echte Konsolidierung unserer Wirtschaftsverhältnisse bleibt die Überwindung der strukturellen Kapitalschwäche, deren Auswirkungen uns immer wieder begegnen.

Als Kreditbank haben wir besonderen Anlaß, mit allem Ernst auf die Schwere des hier gekennzeichneten Problems hinzuweisen. An Stelle der überwundenen Engpässe in Kohle, Stahl und anderen Rohstoffen, bei denen hier und da bereits die Frage auftaucht, wie kommende Absatzsorgen zu überwinden sind, steht der *Engpaß Kapitalversorgung* im Vordergrund der Schwierigkeiten. Seine Überwindung wird entscheidend dadurch erschwert, daß der Kapitalmangel zusammenfällt mit einer Steuerlast, welche die Bildung von freien Kapitalüberschüssen bei Unternehmen und Privaten hemmt.

Steuern sind heute fast in der ganzen Welt das beherrschende Thema der wirtschaftspolitischen Diskussion geworden. In der Bundesrepublik hat die Steuerbelastung ein Ausmaß erreicht, das zu einer ernststen Gefahr materieller wie auch psychologischer Art geworden ist. Bis zu welchem Grade die Beteiligung der öffentlichen Hand am Wirtschaftsertrag gediehen ist, wird am besten durch die Tatsache ins Licht gerückt, daß der Anteil der Gesamtausgaben der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung) am Nettosozialprodukt im Fiskaljahr 1953/54 rund 40 % erreichen wird. Die Wirtschaft muß sich mit einer steuerlichen Belastung abfinden, die sich aus dem Umfang der von Staat und öffentlicher Verwaltung *notwendig* zu übernehmenden Aufgaben und Verpflichtungen ergibt. Unvermeidbar sind unter den gegebenen Verhältnissen Besatzungskosten, die sich in tragbaren Grenzen halten, Kriegsfolgelasten und eine ausreichende soziale Versorgung. Diese hat sich aber frei von Entartungserscheinungen zu halten und darf nicht jeden Gedanken an Selbstverantwortlichkeit ersticken. Die Wirtschaft, deren große sozialpolitische Aufgabe die Erhaltung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze ist, hat Anspruch darauf, daß der Staat sich bei seinen Aufgaben und Ausgaben äußerste Beschränkung auferlegt.

Der Finanzverwaltung ist das Recht auf die Haltung gewisser Reserven zuzugestehen. Es erscheint aber mit den geforderten Grundsätzen nicht vereinbar, daß eine ständig steigende *Ansammlung öffentlicher Gelder* erfolgt, zu gleicher Zeit aber der Kapitalmarkt in beträchtlichem Ausmaß von der öffentlichen Hand in Anspruch ge-

nommen wird und auch Erträge und Rückflüsse auf Investitionskredite aus Gegenwertsmitteln zum Ausgleich des Bundeshaushalts Verwendung finden. Ende 1952 hatten die Einlagen öffentlicher Stellen bei den Kreditinstituten aller Art (ohne Zentralbanksystem) einen Betrag von 4,75 Mrd. DM erreicht, der nicht weniger als 25% der Gesamteinlagen ohne Spareinlagen ausmachte. Unter Einrechnung der öffentlichen Guthaben im Zentralbanksystem ergab sich zum gleichen Termin eine Gesamtsumme der Bankeinlagen der öffentlichen Hand von 6,9 Mrd. DM, an der die öffentlichen Kreditinstitute mit einer Quote von 75—80% beteiligt waren. Der öffentliche Sektor der Kreditwirtschaft wird auf solche Weise mit vorwiegend aus Steuermitteln stammenden Geldern genährt und erhält dadurch liquiditätsmäßig einen außerordentlichen Rückhalt, der dem konkurrierenden privaten Bankgewerbe abgeht. Gleichzeitig werden aber der Wirtschaft vom öffentlich-rechtlichen Kreditapparat wieder Mittel als Ausleihungen zur Verfügung gestellt, die sie als Steuern abgeführt hat. Die öffentliche Hand wird immer stärker zum Gläubiger der Privatwirtschaft, und es wächst die Systemwidrigkeit, die ein zunehmender Staatseinfluß im Rahmen einer privaten Unternehmungswirtschaft darstellt.

Unverkennbar steht die Übernahme großer Finanzierungsaufgaben durch die öffentliche Hand, vornehmlich auf dem Gebiet der Investitionen, in engem Zusammenhang mit der fehlenden Leistungskraft des Kapitalmarktes. Die Unmöglichkeit, größere Kapitalbeträge für private Investitionen aus dem Markt zu schöpfen, geht weniger auf allgemeinerwirtschaftliche und psychologische Ursachen zurück, sondern ist vor allem die Folge des Steuerdrucks und einer verfehlten Zinspolitik gewesen. Wenn dem *Ersten Kapitalmarktförderungsgesetz* der Erfolg in der Richtung, den Kapitalmarkt zu normalisieren und wieder der Privatwirtschaft zu erschließen, versagt geblieben ist, so liegt das vorwiegend an der einseitigen Beanspruchung zugunsten des Staates unter Gewährung von Zinsvorteilen, die den Wettbewerb der privaten Wirtschaft bisher ausgeschlossen haben. Die Wirtschaft muß die Steuern aufbringen, und die Wirtschaft muß ihre Betriebe ausbauen und rationalisieren, um im In- und Ausland wettbewerbsfähig zu bleiben und die Arbeitsplätze zu sichern. Darum ist der Kapitalbedarf der Wirtschaft vordringlich; seine Befriedigung dient zugleich den Interessen des Staates.

Bei Anerkennung dieser Zusammenhänge und behutsamer Beanspruchung des noch nicht konsolidierten Marktes sollten die Aussichten, den Kapitalmarkt wieder funktionsfähig zu machen, durchaus nicht so schlecht sein, wie vielfach angenommen wird. Wenn von dem Sozialprodukt des Jahres 1952 in Höhe von 125 Mrd. DM rd. 30 Mrd. DM nicht konsumiert, sondern der Investition zugeführt wurden, so bedeutet das eine hohe Quote der *Kapitalbildung*. Bisher hat sich diese jedoch überwiegend bei den Unternehmen in Gestalt der Selbstfinanzierung und *über die öffentliche Hand* vollzogen, *nicht bei Privaten*. Neuerdings hat aber auch die individuelle Ersparnisbildung erkennbare Fortschritte gemacht. Im Jahre 1952 betrug der Zuwachs zu den Spareinlagen, allerdings entscheidend gefördert durch die steuerbegünstigten Anlagen, rd. 2,3 Mrd. DM gegen 0,9 Mrd. DM im Jahre 1951. Auch die Prämienaufkommen bei den Lebensversicherungen haben eine Größenordnung von rd. 1 Mrd. DM jährlich erreicht.

Auf der gleichen Grundlage, auf der sich diese Sparleistungen vollzogen haben, müßte auch eine kräftige Wiederbelebung des *Wertpapierabsatzes an Private* möglich sein, wenn die richtigen Wege eingeschlagen werden. Der Wegweiser dazu ist: *volle Wiederherstellung der Zins- und Kurswahrheit*. Nur über diese kann der Wertpapieranlage der unentbehrliche Liquiditätscharakter gegeben werden, der die herrschende Vorliebe für die unmittelbar liquide Anlage in Geldguthaben zu überwinden vermag. Die Furcht vor Auswirkungen der Zins- und Kurswahrheit in Gestalt erhöhter Zinskosten für den Kapitalnehmer ist unbegründet. In der Gesamtentwicklung werden echte Preise in der Marktwirtschaft immer weiter führen als verfälschte. Außerdem ist im Zeichen des „grauen“ Wertpapiermarktes die erhöhte Belastung für den Kapitalnehmer schon jetzt vorhanden.

Für die *Banken als Mittler zwischen Geld- und Kapitalmarkt* würde die Wiederherstellung eines aufnahmefähigen Emissionsmarktes für Renten und Aktien die Möglichkeit bedeuten, sich ohne Sorge für die Vorfinanzierung von Investitionsvorhaben zur Verfügung zu stellen. Sie könnten sich dann immer wieder über den Emissionsmarkt von Krediten entlasten, die ihrer wirtschaftlichen Natur nach langfristig sind.

Der Kapitalmarkteng und der Stagnation auf dem Markt der privaten Emissionen entspricht die gedrückte Haltung der *Wertpapiermärkte*. Das Jahr 1951 wurde börsenmäßig durch eine Hebung des Kursniveaus gekennzeichnet, mit der die Unterbewertung der deutschen Aktie berichtigt wurde. Im Jahre 1952 folgte ein Rückschlag, der den Kursdurchschnitt von 462 an den Börsen des Bundesgebietes notierten Aktien von dem im Januar 1952 erreichten Höchststand von 141 % des RM-Nominalwertes auf 107 % Ende 1952 senkte. Die Rückgänge haben sich seither weiter fortgesetzt. Die Aktienkurse zahlreicher Gesellschaften, die ihre Aktionäre keineswegs ohne Dividende lassen, stehen unter pari und machen schon aus diesem Grunde jede Kapitalerhöhung unmöglich. Durch die steuerliche Doppelbelastung der Dividende wird die Aktie gegenüber der steuerbegünstigten Schuldverschreibung aufs stärkste benachteiligt. Solange hier nicht ausreichende Revisionen vorgenommen worden sind, ist jedes Bemühen, die Aktie wieder begehrt zu machen, sei es durch Beteiligungssparen, Investmentgesellschaften oder andere Konstruktionen, aber auch durch Reformmaßnahmen auf dem Gebiet des Aktienrechts, vergeblich. Was der Ausfall der Aktie als Finanzierungsinstrument für die Durchführung der gesamtwirtschaftlichen Investitionsaufgaben bedeutet, wird allein durch den Hinweis auf die Tatsache klar, daß rund die Hälfte aller Arbeitsplätze in der Industrie und fast die Gesamtheit der Arbeitsplätze in den Grundstoffindustrien auf Unternehmen entfallen, welche die Form der Aktiengesellschaft haben.

Neben der Neuordnung des Kapitalmarktes steht als vordringliche Aufgabe die wegen der Kriegsfolgen besonders notwendige Exportsteigerung. Im vergangenen Jahr wurde erstmalig ein Exportüberschuß erzielt. Dieser ist aber für den Ausgleich der Zahlungsbilanz unter Einschluß der Verpflichtungen aus dem Londoner Schuldenabkommen nicht ausreichend. Die jüngste Entwicklung hat erkennen lassen, daß auch im Außenhandel die Periode des stürmischen Wachstums beendet ist und es großer Anstrengungen bedürfen wird, um das Erreichte nicht nur zu behaupten, sondern noch auszubauen.

Der Erfolg wird zu einem nicht geringen Teil auch von dem Verhalten der Außenhandelspartner, vornehmlich im Dollarraum, abhängen.

Die Bundesrepublik hat im Rahmen des Möglichen dazu beigetragen, auch in der *Außenhandelspolitik* dem liberalen Gedanken immer stärker zum Durchbruch zu verhelfen. Ein Land, das in so hohem Maße auf den zwischenstaatlichen Güter- und Dienstleistungsaustausch angewiesen ist wie die Bundesrepublik, hat alles Interesse daran, das gemeinsame europäische Ziel, die *Konvertierbarkeit* der Währungen und damit die größtmögliche Bewegungsfreiheit zu erstreben. Die Wiedergewinnung dieser Freiheit wird aber kaum anders als stufenweise erfolgen können, und das Ziel wird von mehreren Seiten zugleich angegangen werden müssen. Es hat den Anschein, daß die stärker werdenden Bestrebungen, mindestens in Westeuropa zu einer *Liberalisierung* auch des *Devisenverkehrs* zu gelangen, bereits in diesem Jahr praktische Ergebnisse zeitigen werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Arbeitsgebiet der Bank während des Berichtsjahres entsprach etwa derjenigen im gesamten Bundesgebiet. In der *Zunahme der Industrieproduktion* um rund 40 % gegenüber 1936 kommen der Ausbau vieler alteingesessener Betriebe mit teilweise aber auch neuen Fertigungen und die Errichtung neuer Betriebe zum Ausdruck. Hierbei handelt es sich zum größten Teil um Betriebe, deren Leiter zuvor in den sowjetisch und polnisch besetzten Gebieten Deutschlands tätig gewesen waren. In *Bayern* siedelten sich zahlreiche *Wirk- und Strickwarenbetriebe* und der größte Teil der *Gablonzer Schmuckwaren-Industrie* an. Die ohnehin schon sehr mannigfaltige Wirtschaftsstruktur im südwestdeutschen Raum erfuhr vielerlei Bereicherungen. Auch im Raum um *Mainz* und in anderen Gebieten des Landes *Rheinland-Pfalz* brachten Neugründungen mancherlei Veränderungen. Viele *Leipziger Verleger* kamen nach *Hessen*; Unternehmer der *Rauchwaren-Industrie aus Leipzig* bevorzugten das Gebiet von *Frankfurt*.

Der größte strukturelle Wandel vollzog sich in Bayern, das seine Bedeutung als Agrargebiet und Land des Fremdenverkehrs voll behielt, zugleich aber eine kräftige Steigerung des Anteils der Industrie an den volkswirtschaftlichen Umsätzen erlebte. In den anderen Ländern zeigte sich weniger ein struktureller Wandel als die organische Fortentwicklung des Früheren.

Die Bedeutung unserer Bank im Kreditgeschäft entsprach etwa derjenigen, die früher die *DEUTSCHE BANK* im gleichen Gebiet innegehabt hat. Unser Institut hat ebenso wie die Banken, die nach dem Kriege zunächst die Geschäfte der *DEUTSCHEN BANK* betrieben hatten, den Neuausbau und die Neuerrichtung von Betrieben, soweit die Voraussetzungen hierfür gegeben erschienen, sehr gefördert.

Das Volumen der unserer Kundschaft zur Verfügung gestellten kurz- und mittelfristigen Kredite (einschließlich Wechselkredite) betrug

am 1. 1. 1952	1 160 766 248,18 DM
am 31. 12. 1952	1 351 587 283,43 DM

Obwohl unsere Einlagen in der Berichtszeit um rund 30% gestiegen sind, haben wir mehr Gewicht auf die Konsolidierung des in den letzten Jahren stark angestiegenen Kreditvolumens als auf seine weitere Ausdehnung gelegt.

Die Streuung der kurz- und mittelfristigen Kredite (einschließlich Wechselkredite) nach Branchen zeigt folgendes Bild:

Industrie, Gewerbe und Handwerk	= 72,66 %
Handel	= 24,37 %
Sonstige	= 2,97 %
	<hr/>
	100,00 %

Das allmähliche Anlaufen des *Emissionsgeschäftes* bot uns Gelegenheit, bei einer Reihe von Kapitalerhöhungen sowie bei der Ausgabe verschiedener Wandelanleihen und Industrieobligationen und bei der Placierung der Bundesanleihe mitzuwirken. Insgesamt beteiligten wir uns bei 12 Kapitalerhöhungen, 14 Neuemissionen von Wandelanleihen und Industrieobligationen sowie bei der Emission der 5%igen Anleihe der Bundesrepublik Deutschland 1952.

Besondere Erwähnung verdient die günstige Entwicklung der Finanzierung von *Außenhandelsgeschäften*. Dies gilt auch für die Beteiligung der Bank an der Bereitstellung mittel- und langfristiger Exportkredite. Das Volumen der Außenhandelskredite hat im Berichtsjahr bedeutend mehr zugenommen, als es allein auf Grund der allgemeinen Ausdehnung des Außenhandels zu erwarten gewesen wäre. Die fortschreitende Anerkennung der DMark im Zahlungsverkehr mit dem Ausland bewirkte eine Verlagerung der Umsätze auf die bei uns geführten DMark-Konten. Die Zahl der Geschäfte, die auf Grund von Akkreditiven abgewickelt werden, ging nicht unwesentlich zurück. In zunehmendem Maße wurde wieder auf der Basis „Kasse gegen Dokumente“ oder gegen Einräumung eines offenen Zieles geliefert. Es prägte sich darin eine Zunahme des Vertrauens zwischen Käufer und Verkäufer aus, die einen erfreulichen Konsolidierungsvorgang auf dem Gebiet unseres Außenhandels darstellt. Der *Rembours-Kredit* ist erst in bescheidenem Umfang in Erscheinung getreten. Es darf aber zuversichtlich angenommen werden, daß er nach Inkrafttreten des Deutschen Kreditabkommens von 1952, welches ein Bestandteil des Londoner Abkommens über deutsche Auslandsschulden ist, wieder verstärkte Bedeutung erhalten wird.

Gegenüber den in unserem Eröffnungs-Geschäftsbericht aufgeführten Niederlassungen ist keine Änderung eingetreten. Wir sind an 79 Plätzen mit 79 Niederlassungen und 22 Stadtdepositenkassen, demnach mit 101 Geschäftsstellen vertreten.

Die *Gesamtzahl* der in unserer Bank *Beschäftigten* betrug am Tage der Währungsreform 2902 und am Ende des Geschäftsjahres 1952 5577; darunter befanden sich 1931 weibliche Betriebsangehörige. In der annähernden Verdoppelung der Mitarbeiterzahl drückt sich die Vergrößerung unseres Geschäfts deutlich aus.

109 ehemalige Mitarbeiter werden noch vermißt oder befinden sich in Kriegsgefangenschaft.

Durch Tod verloren wir im Berichtsjahr 10 aktive Betriebsangehörige und 59 Pensionäre; ihr Andenken wird bei uns fortleben.

Die Altersgliederung unserer Mitarbeiterschaft am Ende des Jahres 1952 zeigt folgendes Bild:

	DEUTSCHE BANK 1938	
unter 20 Jahre alt	11,5 %	9,4 %
20 — 29 Jahre alt	30,3 %	17,6 %
30 — 39 Jahre alt	14,8 %	28,0 %
40 — 49 Jahre alt	16,8 %	27,0 %
50 — 59 Jahre alt	19,9 %	17,0 %
darüber	6,7 %	1,0 %
	100,0 %	100,0 %

Wie die Vergleichszahlen erkennen lassen, haben die seit der Währungsreform vorgenommenen Einstellungen in den Altersklassen bis zu 30 Jahren eine beträchtliche Verjüngung zur Folge gehabt. Dagegen weisen die Jahrgänge von 30—50 Jahren einen Rückgang ihres Anteils an der Gesamtzahl von 55 % im Jahre 1938 auf jetzt 31,6 % auf, worin die Verluste des Krieges ihren Ausdruck finden.

Von unserer Belegschaft stehen 1335 Angestellte 25 Jahre und mehr und 220 über 40 Jahre in unseren Diensten.

1704 Pensionäre, darunter 819 Witwen, werden von unserer Bank betreut.

Einem großen Teil unserer Belegschaft gewähren wir übertarifliche Leistungszulagen. Für die Beschaffung von Hausrat und Wohnraum haben wir unseren Angestellten bereitwilligst unsere Hilfe angedeihen lassen in Form von verlorenen Baukostenzuschüssen und zinsverbilligten Darlehen. In unserem Erholungsheim Jugenheim konnten wir im Berichtsjahr zahlreichen erholungsbedürftigen Mitarbeitern, zum Teil mit ihren Familien, einen längeren verbilligten Urlaub ermöglichen. In Krankheitsfällen und in Notlagen wurden Beihilfen gewährt.

Die im Jahre 1952 bei den westdeutschen Kreditinstituten beobachtete erhebliche Ausweitung des Geschäftsumfanges zeigt sich auch in den Zahlen unserer BILANZ und in der Zunahme der Umsätze.

Im ersten Geschäftsjahr nach der Ausgründung aus der DEUTSCHEN BANK ist das Bilanzvolumen, das in der Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1952 mit 1 460 865 580,73 DM ausgewiesen war, um mehr als 321 Millionen DM auf 1 781 890 680,68 DM, mithin um 21,97 % gestiegen.

Die Gesamtumsätze erreichten im Jahre 1952 die Höhe von 82 141 500 000,- DM. Hiervon entfielen 25 499 545 000,- DM auf Umsätze der inländischen und ausländischen Bankenkundschaft. In diesen Zahlen sind die Umsätze auf Nostro- und Verrechnungskonten unserer Niederlassungen untereinander nicht enthalten.

Die Zunahme unseres Geschäftsvolumens zeigt sich besonders deutlich in der Entwicklung unserer Einlagen. Die gesamten Einlagen einschließlich der Spargelder sind im Jahre

1952 von 1 092 490 081,45 DM zu Jahresbeginn auf 1 419 067 390,46 DM am 31. 12. 1952, mithin um 29,89 % gestiegen. Von vorstehendem Betrag entfallen auf:

täglich fällige Gelder	747 535 317,56 DM
befristete Einlagen	560 482 824,09 DM
Spareinlagen	111 049 248,81 DM

Eine besonders *erfreuliche Entwicklung* ist bei den Spareinlagen eingetreten, die gegenüber dem Bestand am Jahresanfang eine Steigerung von 51,80 % verzeichneten. Das *steuerbegünstigte Sparen* trug nicht unwesentlich zu dieser Erhöhung bei.

Die mit 32 475 207,90 DM ausgewiesenen *aufgenommenen Gelder (Nostroverpflichtungen)* umfassen auch Stillhaltekredite; durch Abwicklung bei diesen ist seit 1. Januar 1952 ein Rückgang um 6 942 000,- DM eingetreten.

Unsere *Verpflichtungen aus Akzepten* werden nach Abzug der im eigenen Bestand befindlichen 82 848 540,52 DM mit 22 156 579,33 DM ausgewiesen gegenüber 64 327 584,47 DM in der Eröffnungsbilanz; sie ermäßigten sich demnach um 42,2 Mio. DM, mithin um 65,56 %.

Solawechsel sind von uns nicht ausgestellt worden.

Bei den aufgenommenen langfristigen Darlehen (mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigung von 4 Jahren und mehr) in Höhe von 138 211 284,07 DM handelt es sich in der Hauptsache um durchgeleitete Kredite der KREDITANSTALT FÜR WIEDERAUFBAU, die in den langfristigen Ausleihungen auf der Aktivseite unserer Bilanz enthalten sind.

Die *durchlaufenden Kredite*, bei denen wir lediglich unsere Dienstleistung für die ordnungsmäßige Verwaltung der hereinkommenden Beträge zur Verfügung stellen, wurden in gleicher Höhe an die Kundschaft weitergeleitet. Gegenüber dem Jahresanfang trat eine Steigerung um 7 200 000,- DM auf 17 700 319,47 DM ein.

Unser *Grundkapital* wird mit 40 000 000,- DM unverändert ausgewiesen, ebenso die *Gesetzliche Reserve* mit 10 000 000,- DM.

Auf Grund eines ministeriellen Erlasses betr. Heranziehung der bei Teilauflösung der Sammelwertberichtigung entstehenden Buchgewinne konnten wir aus der bereits vorhandenen Sammelwertberichtigung einen Betrag von 13 800 000,- DM der *Freien Sonderreserve* zuweisen, so daß diese nunmehr 20 000 000,- DM beträgt.

Wir verfügen somit über ein haftendes Eigenkapital von 70 000 000,- DM, das sich wie folgt zusammensetzt:

Grundkapital	40 000 000,- DM
Gesetzliche Reserve	10 000 000,- DM
Freie Sonderreserve	20 000 000,- DM

Unsere *Pensionsrückstellung*, die mit 36 759 536,06 DM ausgewiesen wird, deckt nach versicherungsmathematischen Berechnungen den Gegenwartswert der Anwartschaften und der seit dem 1. Januar 1952 neu gewährten Ruhegehälter. Die von den ausgegründeten Banken — außer uns die NORDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT und die RHEINISCH-WESTFÄLISCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT — nach dem mit der DEUTSCHEN BANK geschlossenen Ausgründungsvertrag zu übernehmenden Pensionen sind versicherungsmathematisch nicht ganz zur Hälfte durch Rückstellungen gedeckt. Eine Erhöhung dieses

Teiles der Pensionsrückstellung ist nicht beabsichtigt, weil die dafür benötigten Beträge dem versteuerten Gewinn entnommen werden müßten.

Die mit 36 453 845,05 DM aufgeführten Rückstellungen erfuhren gegenüber dem in unserer Eröffnungsbilanz erscheinenden Betrag eine geringfügige Erhöhung. Der Posten erfaßt in der Hauptsache solche Rückstellungen, die von bestimmten Bilanzpositionen auf der Aktivseite nicht gekürzt werden können und Rückstellungen für noch zu zahlende Steuern.

Infolge der allgemeinen Geschäftsausweitung stiegen auch die von uns übernommenen Verbindlichkeiten aus *Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften* sowie aus Gewährleistungsverträgen von 141 706 699,35 DM am Jahresanfang auf 205 075 263,25 DM.

Die *Indossamentsverbindlichkeiten* aus weitergegebenen Wechseln sind um 65 580 218,79 DM zurückgegangen und bestehen zum Jahresende in Höhe von 296 718 010,55 DM. Unsere Einzahlungsverpflichtungen für noch nicht voll gezahlte Aktien und GmbH-Anteile betragen am 31. Dezember 1952 1 402 641,- DM.

Die *Liquidität* hat sich gegenüber dem 1. Januar 1952 *nicht unwesentlich verbessert*. Den gesamten Einlagen und Nostroverpflichtungen einschließlich der Akzeptverpflichtungen, jedoch ohne die hereingenommenen Gelder mit einer vereinbarten Laufzeit oder Kündigung von 4 Jahren und mehr, in Höhe von insgesamt 1 473 699 177,69 DM standen am Jahresende Kassenbestand, Landeszentralbank- und Postscheckguthaben von 186 770 943,32 DM gegenüber, was einer Barliquidität von 12,67% entspricht. Bei Einbeziehung der Guthaben bei Kreditinstituten (Nostroguthaben), der fälligen Zins- und Dividendenscheine, Schecks und Wechsel, Schatzwechsel und unverzinslichen Schatzanweisungen sowie der bei der Landeszentralbank beleihbaren Wertpapiere errechnet sich eine Liquidität von 42,2%.

Das *Wechseldiskontgeschäft* erfuhr im Laufe des Jahres eine wesentliche Ausdehnung. Der Wechselbestand von 342 330 640,34 DM hat sich gegenüber der Eröffnungsbilanz *um fast 100% erhöht*; er umfaßt bis auf einen geringen Prozentsatz Abschnitte, die nach den geltenden Vorschriften jederzeit rediskontiert werden können.

Der *Bestand an eigenen Wertpapieren* hat sich 1952 in der Hauptsache durch Erwerb börsengängiger Dividendenwerte um 7 470 130,06 DM auf 31 223 022,36 DM erhöht. Die Wertpapiere wurden nach dem Niederstwertprinzip bewertet. Bestände an eigenen Aktien besitzen wir nicht.

Einen erheblichen Betrag beanspruchen in unserer Bilanz die aus der Reichsmarkumstellung herrührenden *Ausgleichsforderungen* gegen die öffentliche Hand. Sie machen mit 190 989 157,08 DM 10,72% unserer Bilanzsumme aus gegenüber 13,02% in unserer Eröffnungsbilanz. Die Ausgleichsforderungen stellen in der bisherigen Form eine unerfreuliche Folgeerscheinung der Währungsreform dar. Sie werden bekanntlich mit nur 3% verzinst und sind nach gesetzlicher Vorschrift mit 100% zu bewerten. Die Erhöhung der Ausgleichsforderungen von 190 203 642,40 DM auf 190 989 157,08 DM ist einerseits bedingt durch Ergänzungsbuchungen von per Saldo 1 008 585,77 DM, die zu einer Berichtigung der Umstellungsrechnung führen werden, andererseits durch eine in 1952 erfolgte Teiltilgung der Sonderausgleichsforderungen gem. § 2 der 45. DVO/UG in Höhe von 223 071,09 DM.

Die *Debitoren* stiegen von 623 082 703,28 DM in der Eröffnungsbilanz um 14,14% auf 711 170 942,20 DM.

Der unter den *Debitoren* gezeigte Betrag verteilt sich mit 606 165 822,35 DM auf Barkredite und mit 105 005 119,85 DM auf Akzeptkredite. Gegenüber dem Vorjahr verringerten sich die Akzeptkredite um rund 38 Millionen DM.

Bei der Gewährung von Krediten fand die Finanzierung des Export- und Importgeschäftes besondere Berücksichtigung.

Das *Wechseleinreicher-Obligo* betrug 640 416 341,23 DM, das sind etwa 47% des gesamten kurz- und mittelfristigen Kreditvolumens.

Der Buchwert unserer *Beteiligungen* stellt sich auf 3 114 300,- DM, wovon 2 776 000,- DM auf Beteiligungen bei anderen Banken und Bankfirmen entfallen, darunter im wesentlichen an der

BERLINER DISCONTO BANK AKTIENGESELLSCHAFT, Berlin, und der
AUSFUHRKREDIT-AKTIENGESELLSCHAFT, Frankfurt (Main).

338 300,- DM betreffen Beteiligungen an sonstigen Unternehmungen, insbesondere an der TRINITAS VERMÖGENSVERWALTUNGSGESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG, Düsseldorf, und der BERCHTESGADENER BERGBAHN AG, Berchtesgaden.

Unsere *Grundstücke und Gebäude* stehen mit 27 030 000,- DM zu Buch; sämtliche der Bank gehörenden Gebäude, die ihrem Geschäftsbetrieb dienen, sind in dieser Position enthalten. Der Buchwert unserer Bankgebäude erhöhte sich um 4 000 000,- DM auf 24 050 000,- DM durch Wiederaufbau zerstörter Gebäude sowie durch Neubau und Neuerwerb von Grundstücken unter Berücksichtigung von Abgängen und Abschreibungen. Unser Sonstiger Grundbesitz zeigt eine Verringerung auf 2 980 000,- DM, hervorgerufen durch Verkäufe und Abschreibungen, denen nur kleinere Zugänge gegenüberstehen.

Auf den in unserer Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1952 ausgewiesenen Buchwert unserer *Betriebs- und Geschäftsausstattung* wurden 900 000,- DM abgeschrieben, so daß er jetzt noch 6 900 000,- DM beträgt. Alle im Jahre 1952 erfolgten Neuanschaffungen an Möbeln, Büromaschinen und Einrichtungsgegenständen sind abgebucht worden.

In den *Sonstigen Aktiva* sind u. a. unsere Zahlungen für die Investitionshilfe der gewerblichen Wirtschaft und Verrechnungsposten mit der DEUTSCHEN BANK Berlin enthalten.

In unserer GEWINN- UND VERLUST-RECHNUNG werden die Personalaufwendungen mit 36 241 660,06 DM und die Ausgaben für soziale Zwecke, Wohlfahrtseinrichtungen und Pensionen mit 6 740 314,70 DM ausgewiesen.

Die *sonstigen Handlungskosten* erforderten 11 512 278,46 DM. Für *Steuern und ähnliche Abgaben* wurden 21 778 738,38 DM aufgewendet.

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betragen im Jahre 1952 248 100,- DM.

Der Aufsichtsrat erhält für das abgelaufene Geschäftsjahr an festen Bezügen 28 500,- DM; außerdem steht ihm satzungsgemäß ein Gewinnanteil von 64 000,- DM zu.

Auf der Einnahmenseite weisen wir Zinsen und Diskont mit 38 595 090,88 DM, Provisionen und Gebühren mit 40 170 400,72 DM aus. Die Einnahmen aus Sondergeschäften, die

Zinserträge aus Beteiligungen sowie die Wertpapier-, Devisen-, Sorten- und Kupons-
gewinne und die sonstigen Erträge wurden zu inneren Rücklagen benutzt.

Es verbleibt ein Reingewinn von 2 492 500,- DM, der um die dem Aufsichtsrat
zustehenden oben aufgeführten Vergütungen von 92 500,- DM zu kürzen ist, so daß noch
2 400 000,- DM zur Verfügung stehen.

Wir schlagen vor, diesen Betrag als Dividende von 6% auf 40 000 000,- DM Grund-
kapital auszuschütten.

Wir möchten unseren Bericht nicht schließen, ohne in dankbarer Anerkennung der
Mitarbeit unserer Angestelltenschaft zu gedenken. Die Betreuung des Kreditgeschäfts,
die genaueste Befolgung der mit dem Aufbau unserer Wirtschaft zusammenhängenden
Gesetze und Verordnungen, die Schwierigkeiten des Außenhandels und die Abwicklung
des Zahlungs- und Verrechnungsverkehrs mit dem Ausland stellten an viele unserer
Mitarbeiter erhöhte Anforderungen, die stets bereitwilligst erfüllt wurden. Unser Dank
gilt auch der verständnisvollen Tätigkeit des Betriebsrats.

MÜNCHEN, im April 1953

DER VORSTAND

Abs Frowein Tron

BERICHT DES AUFSICHTSRATS

Der vorliegende Jahresabschluß und der Geschäftsbericht sind von der bei der Grün-
dung der Bank als Bilanzprüfer bestellten TREUVERKEHR WIRTSCHAFTSPRÜFUNGS-AKTIEN-
GESELLSCHAFT, Bielefeld, geprüft und mit den Büchern und gesetzlichen Vorschriften über-
einstimmend befunden worden.

Der Aufsichtsrat hat von dem Prüfungsergebnis zustimmend Kenntnis genommen
und sich von der Richtigkeit und Gesetzmäßigkeit des Jahresabschlusses sowie durch
die von seinem Arbeitsausschuß vorgenommenen Kontrollen von der Ordnungsmäßigkeit
der Geschäftsführung überzeugt.

Mit dem vorstehenden Bericht des Vorstandes und der vorgeschlagenen Gewinn-
verteilung erklärt sich der Aufsichtsrat einverstanden.

MÜNCHEN, im April 1953

DER AUFSICHTSRAT

Seeling, Vorsitzter

AKTIVA

SÜDDEUTSCHE BANK AKTIENGESELLSCHAFT

	DM	DM
Kassenbestand		14 875 892,48
Landeszentralbankguthaben		167 513 697,41
Postscheckguthaben		4 381 353,43
Guthaben bei Kreditinstituten (<i>Nostrouguthaben</i>)		
a) täglich fällig	72 482 334,23	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von weniger als 3 Monaten	—	
c) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr	—	72 482 334,23
Fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine ..		509 244,78
Schecks		12 689 855,51
Wechsel		342 330 640,34
darunter:		
a) zentralbankfähige Wechsel	DM 312 930 526,19	
b) eigene Ziehungen	DM 271 310,09	
Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder		5 610 207,03
Wertpapiere		
a) Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen des Bundes und der Länder	149 636,70	
b) sonstige verzinsliche Wertpapiere	1 999 288,77	
c) börsengängige Dividendenwerte	26 609 608,29	
d) sonstige Wertpapiere	2 464 488,60	31 223 022,36
darunter: beleihbar bei einer Landeszentralbank	DM 751 726,37	
Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand		190 989 157,08
Konsortialbeteiligungen		2 269 174,73
Debitoren		
a) Kreditinstitute	23 382 767,73	
b) sonstige	687 788 174,47	711 170 942,20
Langfristige Ausleihungen		
a) gegen Grundpfandrechte	168 381,42	
b) gegen Kommunaldeckung	—	
c) sonstige	166 973 586,13	167 141 967,55
Durchlaufende Kredite (<i>nur Treuhandgeschäfte</i>)		17 700 319,47
Beteiligungen		3 114 300,—
darunter: an Kreditinstituten	DM 2 776 000,—	
Grundstücke und Gebäude		
a) dem eigenen Geschäftsbetrieb dienende	24 050 000,—	
b) sonstige	2 980 000,—	27 030 000,—
Betriebs- und Geschäftsausstattung		6 900 000,—
Sonstige Aktiva		3 598 617,08
Rechnungsabgrenzungsposten		359 955,—
SUMME DER AKTIVA		1 781 890 680,68

In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten sind enthalten:

a) Forderungen an Konzernunternehmen	1 555 908,29
b) Forderungen an Mitglieder des Vorstandes und an andere im § 14 Abs. 1 u. 3 KWG genannte Personen sowie an Unternehmen, bei denen ein Mitglied unseres Aufsichtsrats Inhaber oder persönlich haftender Gesellschafter ist	17 261 022,32

BILANZ zum 31. Dezember 1952

PASSIVA

	DM	DM	DM
Einlagen			
a) Sichteinlagen von			
aa) Kreditinstituten	101 434 290,73		
bb) sonstigen Einlegern	646 101 026,83	747 535 317,56	
b) Befristete Einlagen von			
aa) Kreditinstituten	146 641 721,15		
bb) sonstigen Einlegern	413 841 102,94	560 482 824,09	
darunter: mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr	DM 312 051 145,35		
c) Spareinlagen			
aa) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	60 681 796,07		
bb) mit besonders vereinbarter Kündigungsfrist	50 367 452,74	111 049 248,81	1 419 067 390,46
Aufgenommene Gelder (<i>Nostroverpflichtungen</i>)			32 475 207,90
darunter:			
a) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von 3 Monaten und mehr	DM 8 984 000,—		
b) von der Kundschaft bei Dritten			
benutzte Kredite	DM 19 385 137,15		
Eigene Akzente und Solawechsel		105 005 119,85	
abzüglich eigener Bestand		82 848 540,52	22 156 579,33
Aufgenommene langfristige Darlehen			
a) gegen Grundpfandrechte		74 639,31	
b) sonstige		138 136 644,76	138 211 284,07
Durchlaufende Kredite (<i>nur Treuhandgeschäfte</i>)			17 700 319,47
Grundkapital			40 000 000,—
Rücklagen nach § 11 KWG			
a) Gesetzliche Reserve		10 000 000,—	
b) Freie Sonderreserve		20 000 000,—	30 000 000,—
Pensionsrückstellung			36 759 536,06
Rückstellungen (<i>einschließlich Steuerrückstellungen</i>)			36 453 845,05
Sonstige Passiva			176 749,30
Rechnungsabgrenzungsposten			6 397 269,04
Reingewinn			2 492 500,—
SUMME DER PASSIVA			1 781 890 680,68

Eigene Ziehungen im Umlauf

darunter: den Kreditnehmern abgerechnet DM	—
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen	205 075 263,25
Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln	296 718 010,55
In den Passiven sind enthalten:	
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen (<i>einschließlich der Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Indossamentsverbindlichkeiten</i>)	—

VERZEICHNIS der Geschäftsstellen

Zentrale: MÜNCHEN, Lenbachplatz 2 · FRANKFURT (Main), Roßmarkt 18

AALEN (Württemberg) Schubartstraße 11-13	FREIBURG (Breisgau) Kaiser-Joseph-Straße 262	LANDSTUHL Kaiserstraße 36	PFORZHEIM Westl. Karl-Friedrich-Str. 76
ALZEY Antoniterstraße 17	FRIEDRICHSHAFEN (Bodensee) Karlstraße 5	LÖRRACH Basler Straße 165	PIRMASENS Schloßstraße 42
ANDERNACH Bahnhofstraße 28	FULDA Universitätsplatz 5	LUDWIGSBURG Solitudestraße 1	RAVENSBURG Seestraße 32
AUGSBURG Fuggerstraße 1	FÜRTH (Bayern) Schwabacher Straße 32	LUDWIGSHAFEN (Rhein) Ludwigstraße 44	REGENSBURG Dachauplatz 1
BAD DÜRKHEIM Kurgartenstraße 20	GERNSBACH (Murgtal) Hofstätte 1	Depositenkasse: Hemshofstraße 32	REUTLINGEN Krämerstraße 20
BADEN-BADEN Sophienstraße 2	GÖPPINGEN Am Marktplatz	MAIKAMMER Schulstraße 8	RÜSSELSHEIM (Hessen) Darmstädter Straße 3
BAD HERSFELD Dudenstraße 11	HANAU Nürnberger Straße 41	MAINZ Ludwigsstraße 8-10	SÄCKINGEN Basler Straße 2
BAD WILDUNGEN Brunnenallee 3	HEIDELBERG Friedrich-Ebert-Anlage 1	MANNHEIM P 7, 11-15	SCHWÄBISCH GMÜND Hofstatt 2
BAMBERG Hauptwachstraße 11	HEIDENHEIM (Brenz) Schnaitheimer Straße 13	Depositenkassen: B 4, 10a Marktplatz, Q 1, 5-6 Seckenheimer Straße 72 Mannheim-Lindenhof, Meerfeldstraße 45 Mannheim-Neckarau, Am Markt 2 Mannheim-Neckarstadt, Max-Joseph-Straße 1	SCHWENNINGEN (Neckar) Harzer Straße 1
BENSHEIM Rodensteinstraße 9	HEILBRONN (Neckar) Allee 18	Zahlstelle: Otto-Decker-Straße 10	SINGEN (Hohentwiel) August-Ruf-Straße 5
BERNKASTEL-KUES Schanzstraße 23a	IDAR-OBERSTEIN Hauptstraße 71	KAISERSLAUTERN Stiftsplatz 13	SPEYER Karmeliterstraße 1
BINGEN (Rhein) Mainzer Straße 12	Zahlstelle: Kaiserstraße 90, Ecke Ritterstr.	KARLSRUHE (Baden) Kaiserstraße 90, Ecke Ritterstr.	STUTTGART Gymnasiumstraße 3
BRUCHSAL Kaiserstraße 22	Depositenkasse: Karlsruhe-Mühlburg, Rheinstraße 44	Depositenkassen: Karlsruhe-Mühlburg, Rheinstraße 44	STUTTGART-BAD CANNSTATT König-Karl-Straße 51
COBURG Mohrenstraße 34	KASSEL Kölnische Straße 13	MANNHEIM-NECKARSTADT Max-Joseph-Straße 1	STUTTGART-FEUERBACH Bludenzer Straße 1
DARMSTADT Luiseplatz 7	Depositenkassen: Kassel-Bettenhausen, Leipziger Straße 105 Kassel-Wilhelmshöhe, Wilhelmshöher Allee 259	Zahlstelle: Mannheim-Seckenheim, Seckenheimer Hauptstraße 110	TRABEN-TRARBACH Poststraße 12
DEIDESHEIM Pfälzer Weinstraße 28	KEHL (Baden) Hauptstraße 1	MOSBACH (Baden) Hauptstraße 4	TRIER Simeonstrasse 46
EBINGEN (Württemberg) Gartenstraße 16	KOBLENZ Friedrich-Ebert-Ring 2	MÜNCHEN Lenbachplatz 2	TÜBINGEN Lustnauer Tor 1
ESSLINGEN (Neckar) Ritterstraße 11	KONSTANZ Bahnhofplatz 8	Depositenkassen: Frauenstraße 6 Leopoldstraße 71 Maximilianstraße 36 Neuhauser Straße 6 Schwanthalerstraße 65	ULM (Donau) Münsterplatz 33
ETTLINGEN (Baden) Pforzheimer Straße 15	LAHR (Schwarzwald) Schillerstraße 2	NEUSTADT (Weinstraße) Friedrichstraße 32	VILLINGEN (Schwarzwald) Kaiserring 10
FRANKENTHAL (Pfalz) Bahnhofstraße 8	LANDAU (Pfalz) Xyländerstraße 1	NEUWIED Hermannstraße 26	WEINHEIM (Bergstraße) Bahnhofstraße 8
FRANKFURT (Main) Roßmarkt 18		NÜRNBERG Adlerstraße 23	WIESBADEN Wilhelmstraße 38
Depositenkassen: Bockenheimer Landstraße 140b Friedrich-Ebert-Straße 69 Hanauer Landstraße 66-68 Mainzer Landstraße 87/89 Zeil 96, Ecke Stiftstraße		OFFENBACH (Main) Frankfurter Str./Ecke Kaiserstr.	WORMS Wilhelm-Leuschner-Straße 17
		OFFENBURG (Baden) Hauptstraße 9	WÜRZBURG Kaiserplatz 1
			ZELL (Mosel) Schloßstraße 41
			ZWEIBRÜCKEN Poststraße 23

